



Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werttätigen Volkes.

Aboonimentspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.15 M., bei Selbstabholung 1.05 M.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.25 M., bei Selbstabholung 1.15 M. — Durch die Post bezogen vierjährlich 2.45 M., für 1 Monat 1.15 M. (Postfessgeld, vierjährlich 42 Pf., monatlich 14 Pf.).

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 12003.

Inserate kosten die 7 gespaltene Zeitseite oder deren Raum 30 Pf., bei Platzvorschchrift 35 Pf. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauslage 4.— M. jedes Tausend, bei Tellauslage 5.— M. — Schluss der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2701.

Beginn einer russischen Offensive.

Die neuesten Meldungen.

Die Friedensarbeit der russischen Arbeiter.

Petersburg, 1. Juli. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Mitteilung des Arbeiter- und Soldatenrats. Heute nachmittag sind Mitglieder des Vollzugsausschusses als Abgeordnete der Arbeiter und Soldaten ins Ausland abgereist. Das nächste Ziel ist Stockholm. Dann wird ein Teil der Abordnung nach England, Frankreich und Italien gehen. Die Abgeordneten sind ermächtigt, im Namen des Arbeiter- und Soldatenrats und des Vollzugsausschusses in Vorbesprechungen mit allen sozialistischen Parteien einzutreten.

Meuterer russischer Regimenter.

Stockholm, 2. Juli. Die Agitation gegen Kerenski hat auch auf die Armee übergegriffen. Petersburger Blätter geben übereinstimmend Apernturz Nachrichten wieder, nach denen sich zahlreiche Regimenter den Befehlen der Heeresleitung widersetzen. So wird aus Tambow gemeldet, daß die Soldaten eines zur Front beorderten Regiments forderten, daß sie sofort Heimatrikulation haben wollen; anderseits würden sie diese Forderung mit Waffengewalt durchsetzen. Ein anderes zu den Reservegruppen gehöriges Infanterieregiment weigerte sich ebenfalls, an die Front abzugehen. (Volks-Anzeiger.)

Aus der italienischen Kammer.

Rom, 1. Juli. (Stefani.) In der Kammer lagte Borselli zu Beginn der öffentlichen Sitzung: Wenn das Land der Geheimstzung begewohnt hätte, würde es sich gefreut haben, denn die Kammer zeigte sich fortwährend von der glühenden Vaterlandsliebe und Eintracht beseelt. Die Ziele der Regierung und des Parlaments wurden neuverdächtig bestätigt und verstärkt. Die Ziele und Methoden unserer auswärtigen Politik fanden voll Zustimmung im Parlament. Es geht aus der Versprechung die gemeinsame Absicht hervor, die hohe Kraft des nationalen Geistes mit der Achtung vor den politischen Freiheiten hochzuhalten. Was die militärische Politik betrifft, so zeigte das Parlament den festen Glauben an den endgültigen Sieg der Alliierten. Es wurde bestätigt, daß die Beziehungen zwischen der Regierung und der obersten Heeresleitung die besten sind. Die Regierung wendet sich nochmals an die Einigkeit aller Italiener. Namen dieser Einigkeit verlangt sie von der Kammer das Vertrauen gegenüber der Regierung, die durch ihre Zusammenziehung die nationale Einheit darstellt. In diesem Augenblick hält es die Regierung nicht für nötig, einen besondern Kriegsausschuss zu bilden. Die Regierung wird fortfahren, alle Kräfte der möglichst kräftigen Fortführung des Krieges bis zum Siege zu verwenden. Sie wird fortfahren, sich mit den Familien der Kämpfer zu beschäftigen und wird die wirtschaftlichen Fragen lösen, die das nationale Leben angehen, so insbesondere das Problem der Handelsmarine. Die Regierung wird vor allem den festen Willen des Landes organisieren, bis der einzige mögliche Friede geschlossen werden kann, nämlich derjenige, der die nationalen Rechte anerkennt. Aus diesen patriotischen Gefüßen schöpfe ich die Kraft, in meiner Stellung aufzuharren. — Nach Annahme der Tagesordnung Dari wurde die Sitzung geschlossen.

Ein französischer Dampfer gesunken.

Paris, 1. Juli. (W. T. B.) Havas meldet: Der Dampfer Himalaya, 5020 Br.-A.-T., der Passagier maximale, ist am 12. Juni bei Tagessanbruch infolge einer Explosion untergegangen. Er hatte 201 Personen an Bord, von denen 170 gerettet wurden.

Lebensmittelnot in Afrika.

Basel, 2. Juli. Aus dem jüchen abgefaßten Jahresbericht einer Schweizer Gesellschaft sind jene Stellen über die Goldklüste von Togo und Kamerun von Interesse. Es heißt darin: Aus Togo und Kamerun berichtet Adalberto Deitli: Auch der Neger der Goldklüste spürt den Krieg empfindlich. Da keine Beförderungsmittel vorhanden sind, leidet der ganze Kakaohandel darunter. Die Lebensmittelpreise steigen unablässig; da und dort ist sogar Teuerung eingetreten. Interessant ist das Unternehmen einiger Händler, die zusammen einen Appell an die Kriegführenden richten, sie möchten Frieden haben, sie (die Händler) wollten gern aus dem Erlös für den Kakao die Kriegskosten bezahlen. Da und dort gärt es gegen die Regierung (gemeint ist England); überall werden Symptome des nationalen Erwachens bemerkbar. (Frankf. Zeitung.)

Die deutschen und die österreichischen Tagesberichte vom 30. Juni und 1. Juli befinden sich auf der 3. Seite.

Der heutige deutsche Tagesbericht liegt bei Abschluß der Nummer noch nicht vor.

Lloyd George über die Kriegsbedingungen.

Der englische Premierminister Lloyd George hat in diesen Tagen zwei Reden gehalten. In Glasgow führte er aus, daß an England kein Anteil der Verantwortung für den Kriegsbeginn bleibe. England sei jeden Tag in Verwicklungen, Schwierigkeiten und Sorgen hineingeraten, aber sie würden überwunden werden. Die überraschende Entwicklung von Russland habe zweifellos zeitweise die Lage zumindest der Alliierten verändert. Was an der Westfront geschehen sei, zeige, was in diesem Jahre hätte vollbracht werden können, wenn alle Kräfte der Alliierten bereit gewesen wären, auf allen Seiten einen Druck auszuüben. Die russische Revolution habe den vollen Sieg verzögert, aber sie habe ihn zugleich sicherer denn je gemacht. An der Friedenskonferenz würden die russischen Vertreter als Vertreter eines freien Volkes teilnehmen. Die Anstrengungen der Alliierten hätten verhütet, daß eine Katastrophe der Demokratie der Welt verschlungen habe. Die Kraft Britanniens habe noch einmal Europa die Freiheit gerettet. Gestern nahm Russland mit jedem Tage an Kraft zu, Amerika begann seine tapfersten Söhne auf die Schlachtfelder Europas zu schicken, daher sei der Sieg sicherer und vollständiger als man gehofft habe. Lloyd George befürchtete dann mit den Angstfressen der Ukrainer, die zwar schwere Verluste verursachten, aber es seien Vorfahrten getroffen worden, um ihre Gefährlichkeit lähmen zu legen. Das englische Heer sei unbesiegbar. Der Krieg würde zu Ende sein, wenn die Alliierten das Ziel erreicht hätten, das sie sich gestellt hatten, als sie die Herausforderung Deutschlands annahmen. Gestern könnten die Alliierten für einen gewissen Preis Frieden haben, denn Deutschland brauche Frieden. Aber das sei ein Friede, der Deutschlands die wirtschaftliche und sonstige Aufsicht über die Länder geben würde, die es besetzt habe. Was aus Mesopotamien werden sollte, müsse der Friedenskonferenz überlassen bleiben. Bei den deutschen Kolonien müßten die Wünsche der Einwohner angeschlagen sein. Sei auf deutscher Seite irgendwie Unrecht vorhanden, sich mit den Hauptbedingungen abzustimmen? Lloyd George sagte weiter:

Der österreichische Ministerpräsident hat jedoch entschieden den Grundtag abgelehnt, daß das Schicksal der Völker nach deren eigenen Wünschen entschieden werden müßt. Aber solange das nicht erreicht wird, albt es keinen Frieden, oder wenn wir Frieden hätten, so gäbe er keine Gewähr für seine Dauer. Ein Friede auf billiger Grundlage würde von den Völkern nicht gebracht werden. Für einen dauernden Frieden liegt die Gewähr in der Verstärkung der militärischen Macht Preußens. Die beste Gewähr würde die Demokratisierung der deutschen Regierung sein. Niemand will den Deutschen die Art ihrer Regierung vorstellen, aber wie würden mit einem demokratisierten Deutschland in ganz anderem Geist, Haltung und Gestaltung in Unterhandlungen eintreten als mit einem, das von dem angriffsstürmischen und anmaßenden Geist des preußischen Militarismus beherrscht wird, und die Regierungen der Alliierten würdenslug handeln, wenn sie diese Untertheilung in ihrer allgemeinen Haltung in jeder Föderation über Friedensbedingungen vornehmen würden.

In dieser Rede führte Lloyd George noch aus, daß kein deutscher Staatsmann bisher gesagt habe, daß die Unabhängigkeit Belgien wieder hergestellt werden solle. Keine deutsche Riede drückte sich deutlich über „die Zerre vom Status quo, ohne Annexion und ohne Schadensvergütung aus“. Es sei keine Nachsucht, wenn man Schadenshaftung verlange, sondern daß sei ein wesentlicher Teil des Mechanismus der Internationalen jedes Landes. Dasselbe gelte für Serbien.

In der zweiten Rede, in Dunbeck, sagte der Premier, daß die Engländer die gewaltige deutsche Armee unter die Erde getrieben hätten. Die Eingeklammerte Nation sei nötig, um den Sieg gegen den gemeinsamen Feind zu sichern. Die politischen Gründgesetze von 1870 seien die Grundzüge, die die Alliierten bekämpfen. Sie kämpfen für die Rechte der Menschen und ihres Menschenrechts und sie würden siegen. In einem solchen Kampfe gebe es viele Entmündigungen und Enttäuschungen und das Ende möge in die Ferne gerückt scheinen, aber er könne sagen, daß aus einem kalten Winter die Frühlingszeit hervorgehen werde.

Die wichtigsten Stellen in der Rede Lloyd Georges sind die über den künftigen Frieden. Wenn seine Worte richtig wiedergegeben worden sind, so hat er erklärt, daß die Gewähr für einen dauernden Frieden in der Verstärkung der militärischen Macht Preußens liege, und daß die beste Gewähr die Demokratisierung der deutschen Regierung sein würde. Offenbar ist zwischen diesen beiden Sätzen noch anderes gesetzt worden, was wir vielleicht in einigen Tagen erfahren.

werden. Jedoch sehen wir, daß die Demokratisierung Deutschlands jetzt die Forderung ist, die von allen Ententestaaten immer entschieden gestellt wird, und wir hören schon, wie die blutige Presse wieder sagen wird: die innere Gestaltung Deutschlands geht euch nichts an, das ist uns Sach ganz allein.

Wir als Sozialisten können in diesen Ruf nicht weiter einstimmen. Wir, die wir selbst seit langem immer dringender die Demokratisierung Deutschlands gefordert haben, wissen, wie sehr die äußere Politik und die Kriegspolitik von den Verhältnissen im Innern abhängig sind. Wer der Ansicht ist, daß ein vollkommen durchgeföhrtes parlamentarisches Regierungssystem mit Verantwortlichkeit der Minister gegenüber dem Parlament und vielleicht den Freuden hätte erhalten, sicher den Krieg hätte abschaffen können, dem kann dies Kriegsziel der Entente kein Hindernisgrund für den Frieden sein. Tatsächlich ist in Deutschland und in Österreich-Ungarn in der Reihe der kriegsführenden Mächte das demokratische Prinzip am geringsten durchgebildet, nachdem Russland das noch des Juridums abgeworfen hat.

Gewiß, wir sind auch der Ansicht, daß die Demokratie von ihnen heraustraktiert werden muß, wenn sie bleibenden Bestand haben soll; aber wir vermögen deshalb die Forderung der Demokratie nicht als angebrückt zu bezeichnen, wenn sie gleichzeitig auch von draußen erhoben wird. So wie die Dinge liegen, wird die Mehrzahl des arbeitenden Volkes in Deutschland erst dann volles Vertrauen in die Leitung seiner inneren und äußeren Angelegenheiten haben, wenn ihm selbst das größte Mitbestimmungsrecht gegeben wird, das das allgemeine Wahlrecht allein noch nicht verbürgt. Und draußen glaubt man nicht an die Stabilität eines Friedens, solange man weiß, daß das Volk und seine Vertreter nicht gefragt werden, wenn gewisse Gruppen sich eine Lösung der Konflikte nur mit den Waffen in der Hand vorstellen können und allzu eilig von der Auslastung friedlicher Verhandlung überzeugt sind.

Den Frieden sieht heute bis auf eine bestimmte Schicht jeder herbei. Wer ihn beschleunigen will, muß die Demokratisierung unserer Politik fordern, nicht kleine Zugeständnisse auf diesem oder jenem Gebiete, sondern eine völlige Umwandlung des Regierungssystems, das allein erst den Völkern das volle Gewicht neben einer stark vergrößerten Verantwortlichkeit gibt. Diese Forderung erheben wir, nicht weil unsre Gegner sie als Voraussetzung zum Frieden stellen, sondern weil wir selbst von jenseit überzeugt sind, daß nur dann das Volk die Möglichkeit hat, die Durchführung der Politik nach seinen eigenen Wünschen zu erklären.

Was schließlich die Bemerkungen Lloyd Georges über Belgien angehen, so beweisen sie aus neue, wie nötig eine offizielle und unmißverständliche Neuerung der deutschen Regierung über ihre Ansicht an diesem Punkte ist. Wir sind der Ansicht, daß Belgien ein Recht auf seine volle Unabhängigkeit hat, wie jedes andre Volk. Will man den Krieg verlängern in der Hoffnung auf eine Verminderung der hieraus entstehenden Kosten, so erweist man sich — von allem andern abgesehen — als schlechter Rechner. Die Kosten des verlängerten Krieges werden immer höher sein als die, die ein geplanter und dauernder Friede und außerletzt.

Die Unabhängige Partei in Stockholm.

(Wir sind leider genötigt, den nachfolgenden Bericht über die Stellungnahme der deutschen Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie auf der Stockholmer Borkonferenz dem Berliner Tageblatt zu entnehmen, da unser eigener Bericht aus unbekannten Gründen bisher noch nicht eingegangen ist.)

Über die Friedensfrage sprachen vor dem Sländisch-Holländischen Komitee ein Bericht übergeben worden, dem eine Deckschrift folgen wird. Die Delegation hatte auch Unterhandlungen mit russischen Genossen verschiedener Richtungen. Mit dem Komitee der Zimmerwalder einigte man sich über die Abhaltung einer Borkonferenz.

Über die Friedensfrage sprachen vor dem Sländisch-Holländischen Komitee die Genossen Haase, Bernstein und Kantöln.

Haase gab einen geschichtlichen Überblick über die Tätigkeit, die die Opposition in der deutschen Sozialdemokratie vom Beginn des Krieges an für den Frieden entwickelt, und zeigte an der Hand des Urkundenmaterials wie die Opposition von Anfang an für diejenigen Forderungen kämpfte, die

lebt allgemein aufgestellt werden, nämlich für einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen auf Grundlage des Selbstbestimmungsrechts. Er legte ferner im einzelnen dar, daß die Opposition die Mehrheit der Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes fortsetzt zu einer unzweideutigen und entschiedenen Stellungnahme in dieser Richtung zu drängen versucht habe, und daß sie, weil diese Bemühungen auf hartnäckigen Widerstand stießen, im Gesamtinteresse des Proletariats und zur Förderung des Weltfriedens genötigt gewesen seien, die Fraktionsdisziplin zu durchbrechen, unbestimmt um die Maßregelungen und Verfolgungen durch die Fraktionsmehrheit und den Parteivorstand. Er wies nach, daß hier nicht Mißverständnisse vorlagen, sondern tiefgehende Gegensätze in Grundschaunen. Als die Unabhängige Sozialdemokratische Partei sei die Friedensformel des Arbeiter- und Soldatenrates der Ausdruck ihrer eigenen konsequent vertretenen Grundsätze, für die andern nur die opportunistische Anpassung an die augenblickliche Situation.

Bernstein sprach im Anschluß an diese Ausführungen hauptsächlich darüber, ob die Schuldfrage von den Verhandlungen der allgemeinen Konferenz ausgeschlossen werden könnte. Die völlige Ausschaltung dieser Frage werde schon deshalb nicht möglich sein, weil Vertreter mehrerer Länder ihre Behandlung forderten, und die Ablehnung wahrscheinlich als Parteilosigkeit betrachtet würden. Auch würde man den Kampf für den Frieden und für ein den Grundsätzen demokratischer Gerechtigkeit entsprechendes Friedensprogramm nicht in zweckmäßiger Weise führen können, wenn man nicht Klarheit über den Charakter des Kriegs und den Anteil der einzelnen Regierungen an ihm genommen habe. Das könnte im einzelnen an der Hand der von den Regierungen selbst veröffentlichten Kriegsdokumente geschehen. Auch werde der Friedenssache dadurch ein Dienst geleistet, wenn auf der allgemeinen Konferenz die Genossen aus den kriegsführenden Staaten ihre eigene Meinung über diese Streitfragen äußern würden. Das Haupthindernis der Einigung über eine kräftige Aktion für den Frieden, sind die Meinungsverschiedenheiten über die Verantwortung am Ausbruch des Krieges und Zweckenttelkeiten in den Friedensprogrammen. Diese müßten vor allen Dingen beseitigt werden.

Kautsky behandelte das Friedensprogramm der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands. Er legte dar, daß heute wohl die Sozialisten der sogenannten Mehrheit Deutschlands anscheinend dasselbe Friedensprogramm hätten, wie die Unabhängigen Sozialdemokraten, da sie, wie die andern, einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen fordern, daß die Übereinstimmung aber bloß im Gebrauch gleicher Worte besteht, denen jeder Teil einen andern Sinn beilege. Er zeigte an der Hand des Berichts über die Kriegsziele, die von der Fraktion im August 1915 beschlossen wurden, und auf Grund der längsten, in Stockholm verfaßten Denkschrift der deutschen Mehrheitssozialisten, daß deren Aussöhnung nicht auf den Prinzipien der internationalen Sozialdemokratie beruhe, sondern daß sie erfüllt seien vom Geiste nationalsozialistischer Machtpolitik und militärischer Denkmweise, die ihre Haltung zu einzelnen Problemen von der Kriegslage abhängig macht. Er suchte das im einzelnen aus den Sätzen über Österreich und Polen, sowie Elsaß-Lothringen nachzuweisen. Schließlich wiederholte Kautsky, was auch sämtliche Redner vor ihm in gleichem Sinne nachdrücklich betont hatten, daß die geplante Konferenz, wenn sie für den Frieden wirken sollte, ihre Aufgabe nicht in der Ausarbeitung eines platonischen Friedensprogramms erblicken dürfe und daß die Konferenz bedeutungslos bleibe, wenn sie nicht den Anfang zum allseitigen energetischen Kampf für die Durchsetzung des sozialdemokratischen Friedensprogramms gebe, und die Teile des internationalen Proletariats zusammenhölle, die bereit sind, diesen Kampf tapferig auszunehmen.

Darin sahen die Unabhängigen Sozialdemokraten Deutschlands die Hauptaufgabe der internationalen Konferenz.

* * *

Der Vorstand der unabhängigen sozialdemokratischen Partei hält es für notwendig, seine „Arbeit für den Frieden“ in empfehlende Erinnerung zu bringen. Der Vortrag vom Sonntag bringt nämlich dieses Telegramm:

Stockholm, 20. Juni. Zum Memorandum der Unabhängigen erklärt und Genosse Herm. Müller: Was die deutsche Sozialdemokratie für den Frieden seit Kriegsbeginn getan hat, ist niedergelegt in der dem holländisch-schwedischen Komitee überreichten Dokumentansammlung. Diese unantastbaren Beweise trug Scheidemann auch dem Komitee vor. Auch der Besprechung der Schuldfrage wich die deutsche Delegation vor dem Komitee nicht aus, wenn sie auch stets die Aussöhnung vertrat, daß ihre Behandlung unzweckmäßig sei, weil sie auf der allgemeinen Konferenz mindestens wochenlange Debatten verursachen würde. Jeder Versuch, die Friedensarbeit der deutschen Sozialdemokratie zu verdächtigen, muß davon scheitern, daß diese Friedensarbeit seit langem im Mittelpunkt öffentlicher Erörterungen Deutschlands steht. Dass in diesen Erörterungen immer wieder vom „Scheidemannsfrieden“ gesprochen wird, zeigt schon, daß sich all diese Erörterungen an die von der deutschen sozialdemokratischen Partei tatsächlich geleistete Friedensarbeit anschließen. Am übrigen sind wir nach Stockholm gegangen, um Friedensarbeit zu leisten, nicht um den deutschen Parteistreit auch hier weiterzuführen.

Franz Tietz ist hier eingetroffen. Die meisten Unabhängigen reisen heute ab, um an den Reichstagverhandlungen teilzunehmen.

Diese Sätze sind der Verfasserheit darüber entsprungen, daß die Wahrheit über den Wert der „Friedensarbeit“ des Sozialimperialismus in immer weitere Kreise dringt. Insbesondere die Genossen des Auslandes wissen, was sie von dieser Art „Friedensarbeit“ zu halten haben. Auch mit der Pflage darüber, daß der „deutsche Parteistreit“ auch nach Stockholm getragen werde, werden die Herren keinen Eindruck erzielen. Ist der „deutsche Parteistreit“ nicht gerade deshalb entstanden, weil weite Kreise der Partei mit der Kriegspolitik der Scheidemänner unzufrieden waren? Ist die Opposition nicht hauptsächlich deshalb aus der Partei gedrängt worden, weil sie gefordert hat, daß endlich wirklich etwas für den Frieden getan und nicht nur darüber geredet werde? Hat der „deutsche Parteistreit“ nicht seine Ursache in der Auslehnung gegen den Friedensimperialismus der Scheidemänner?

Verhaftung eines deutschen Kuriers in Christiania.

Berlin, 20. Juni. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung meldet: Ein nach Norwegen entsandter deutscher Kurier ist kürzlich bei seinem Eintreffen in Christiania von den norwegischen Behörden verhaftet worden. Sein mit amtlichen Siegeln versehenes Gespäck wurde durchsucht und, da sich darin Spreng-

mittel befanden, mit Beschlag belegt. Auf Grund des Verdachts, daß die Sprengmittel in Norwegen Verwendung finden sollten, hat die norwegische Regierung ein gerichtliches Verfahren gegen den Kurier einleiten lassen.

Im Hinblick auf die völkerrechtlich gewohnte Immunität der diplomatischen Kuriere legte die Kaiserliche Regierung gegen die Festnahme des Kuriers Verwahrung bei der norwegischen Regierung ein und verlangte seine abschlägige Freilassung. Dabei wurde die amtliche Erklärung abgegeben, daß eine Verwendung der Sprengmittel in Norwegen oder zum Nachteil norwegischer Interessen nicht beabsichtigt gewesen sei. Soweit das Verhalten des Kuriers zu Ausschüttungen Anlaß gebe, insbesondere den norwegischen Gesetzen zuwidere, werde in Deutschland eingefordert werden, wogegen ein Vorgehen gegen den Kurier in Norwegen nach völkerrechtlichen Grundsätzen nicht zulässig sei. Die norwegische Regierung hat den Kurier inzwischen freigelassen.

Nach einer Meldung des Norwegischen Telegraphenbüros hat der norwegische Minister des Auswärtigen dem Storting eine kurze Mitteilung in der Angelegenheit gemacht; auch hat der hiesige norwegische Gesandte im Namen seiner Regierung gegen das Verhalten des Kuriers Verwahrung eingelegt. Die zuständigen deutschen Behörden haben eine amtliche Untersuchung angeordnet und es wird, soweit erforderlich, für Remedy gesorgt werden.

Dass der Vorfall im norwegischen Volke Beunruhigung hervorgerufen hat, ist mit Bedauern vernommen worden. Demgegenüber kann nur nochmals mit aller Bestimmtheit festgestellt werden, daß mit den Sprengstoffen keinerlei Unternehmen in Norwegen oder gegen norwegische Interessen geplant war.

Zur Stockholmer Konferenz.

Stauning über die Konferenz.

Christiansburg, 1. Juli. (W. T. B.) Tagblatt veröffentlicht eine Unterredung mit dem anlässlich der gegenwärtigen Tagung der interparlamentarischen nordischen Konferenz hier weilenden dänischen Minister Stauning. Dieser äußerte über das endliche Ziel der Stockholmer Konferenz u. a. der Zweck des Zusammenkommens neutraler Sozialisten in Stockholm sei nicht, Frieden zu stiften und eine neue Weltarie auszuarbeiten, sondern beizutragen zur Sammlung und Verständigung der sozialistischen Parteigenossen der kriegsführenden Länder zur Herbeiführung des Friedens, der auf sozialistischen Grundsätzen beruhen, daß Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkannt, ein internationales obligatorisches Schiedsgericht eingerichtet und außerdem zur Sicherung eines dauernden Friedens womöglich die augenblickliche Abstiftung durchführen mösse. Gegenüber der Befreiung, er sei ein deutscher Regierungssagent, erklärte Stauning, die Wahrheit sei, daß die Stockholmer Konferenz so neutral sei, daß sie Widerwillen und Verdacht bei beiden kriegsführenden Parteien erzege.

Die Lage in Rußland.

Petersburg, 28. Juni. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Um Brennstoffe zu sparen, hat die Regierung verordnet, daß die Normalzeit in ganz Rußland vom 14. Juli um eine Stunde vorgeschoben werde.

Die Regierung an die Ukrainer.

Petersburg, 1. Juli. (W. T. B.) Die vorläufige Regierung richtet an die Bevölkerung der Ukraine eine Kundgebung, in der es heißt: Brüder aus der Ukraine! Folgt nicht dem verderblichen Wege, der die befreiten Kräfte Russlands zerstört, reiht euch nicht los vom Vaterland, schaltet nicht die gemeinsame Armee im Augenblick der großen Gefahr aus, schließt nicht Zwitter und Brudermord in die Reihen der Nation in einem Augenblick, in dem sie sich eng aneinander schließen muß, um das Vaterland vor dem militärischen Zusammenbruch zu retten, und zeigt Vernunft angelicht der inneren Schwierigkeiten! Verlebt durch euren ungeheilten Drang, die politischen Regierungsformen der Ukraine schon jetzt fest zu begründen, nicht euch selbst einen tödlichen Schlag, denn der Untergang Russlands würde euch mit sich ziehen!

Die Forderungen der Rosaken.

Petersburg, 20. Juni. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Der Rosakongress ganz Russlands sah mit allen gegen eine Stimme folgende Entschließung über die Landesverteidigungsfrage:

1. Alle Ländereien, welche schon heute Rosaken gehören und ihr angestammtes Erbe darstellen, bleiben in deren Besitz.
2. Alle Ländereien, die in Rosakengebieten liegen und durch die alte Regierung an Privatpersonen ausgesetzt worden sind, ebenso die Ländereien, die der Staat und die Kirchen dort in Besitz haben, sind Ihnen ursprünglichen Besitzern zurückzugeben.
3. Ländereien, die in Rosakengebieten liegen und jetzt Bauern gehören, bleiben im Besitz der Bauern.

Mobilisierung der weiblichen Arbeitskräfte.

Petersburg, 20. Juni. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Ein Erlass des Kriegsministers Kerenski ordnet angehört der schwierigen Krise, welche Rußland durchmacht und welche eine außergewöhnliche Anspannung aller seiner Kräfte verlangt, an, einen besonderen Ausschuss zur Prüfung eines Gesetzentwurfs über die Mobilisierung der weiblichen Arbeitskräfte ins Leben zu rufen.

Eine Meuterei.

Petersburg, 20. Juni. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Nachdem alle Mittel der Überredung gegenüber den Schülern der 12. und 13. Division, die sich am 28. Juni wehrten, einen Befehl zur Umbildung durchzuführen, erlassen waren, wurde die Ortschaft Juschno, in der sich die erwähnten Schüler befinden, gemäß der Weisung des Kriegsministers Kerenski von Kavallerietruppen umzingelt. Nachdem eine Batterie zwölfmal in den Ort feuerte, ging die Kavallerie zum Angriff über, worauf sich ungefähr 500 Schüler ergaben und entwaffnet und abgeführt wurden. Es kam zu seinem Blutvergießen.

Eine große Kundgebung.

Stockholm, 1. Juli. (Meldung des Svenska Telegrambyran.) Der Holländisch-Schwedische Ausschuss teilt mit, daß heute in Petersburg und allen Städten Russlands eine große Kundgebung stattfinden werde. In der Hauptstadt trifft die Kundgebung mit der Abreise der Abgeordneten des Arbeiter- und Soldatenrats nach Stockholm zusammen. Die Kundgebung wird die Wünsche der Arbeiter und Bauern nach einem allgemeinen Frieden, schneller Einberufung der verfassunggebenden Versammlung und Sicherung der demokratischen Formen gegen die Reaktion zum Ausdruck bringen. Die Petersburger Garison beschloß, nur an Kundgebungen, die vom Arbeiter- und Soldatenrat gebilligt sind, teilzunehmen. Die Garnison misbilligt die Kundgebung der Polizeiwerke.

Ausnahme der Lebensmittelbestände.

Kopenhagen, 1. Juli. (W. T. B.) Wie aus Petersburg gemeldet wird, hat der große Verpflegungsausschuss angeordnet, daß die Inhaber von Bäckereien, Käseläden, Fabriken, Werkstätten, Gasthäusern und andern geschäftlichen Unternehmen ihm in bestimmten Zwischenräumen alle Vorräte an Lebensmitteln, die sie benötigen, genau anzugeben haben. Die erste Bestandsaufnahme soll am 5. Juli erfolgen. Jede Übertragung dieser Anordnung hat die sofortige Beschlagnahme der verheimlichten Lebensmittel zur Folge.

Beim Tage.

Der Arbeitsausschuss für Mitteleuropa gibt ab Juli eine Zeitschrift *Mitteleuropa* heraus. In der literarischen Vertretung des Arbeitsausschusses stehen die Mitglieder des Reichstages, Dr. Friedrich Naumann, Exzellenz Dr. Freiherr von Reichenberg, Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Eugen Schiffer und Arbeiterscretär Robert Schmidt, zusammen. Ein ungünstiger Augenblick konnten Naumann und seine Mitteleuropäer aus allen Vorgängen für ihre Neugründung nicht finden. In Österreich sind die dezentralistischen Bestrebungen stärker als je zuvor, das slawisch-tschechische Element, dem man nicht gerade Begeisterung für das mitteleuropäische Projekt nachsagen kann, besitzt das Nebergewicht. Das neue ungarische Kabinett hat von vornherein Vorhabe für eine Regelung der deutsch-österreichischen Wirtschaftsbeziehungen gemacht. In Deutschland ist es von Mitteleuropa recht still geworden, wenn man von hier und da in der Presse austretenden Gerüchten abstieht. Die neue Zeitschrift wird den mitteleuropäischen Traum auch nicht lebenskräftig machen können.

Herr Scheidemann hat in seiner Rede im Parteiausschuß einen Neujahrsgruß an die Solinger Wähler als recht formlos darzustellen versucht. Seine Ausdeutung knüpfte an unser Glück aus diesem Glückwunsch an, das bei uns wie folgt lautete:

... Wir wollen die Absichten unserer Gegner zuschanden machen, wie wollen Siegen!

Diese Stelle hat in Wirklichkeit noch anders ausgedehnt; sie hatte folgenden Wortlaut:

... Wir wollen auch die Absichten unserer Gegner zuschanden machen; wie wollen Siegen!

Das Wort „auch“ und die Doppelpunkte fehlten bei uns; sie stehen im Original.

Das muß festgestellt werden, weil Herr Scheidemann sehr be-

hauptet, er sei für einen Verständigungsfrieden. In Wirklichkeit ist er ebenso wie die Altdenissen für einen Siegerfrieden ein-

getreten, wie dieser Glückwunsch besonders deutlich zeigte.

Was erwartet werden konnte, ist jetzt eingetroffen. Griechenland hat die Beziehungen mit den Mittelmächten abgebrochen. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung teilt mit, daß der deutschen Regierung von dem griechischen Geschäftsträger in Berlin folgende Erklärung übermittelt worden sei:

Infolge der soeben glücklich zustandegewordenen Vereinigung der beiden bisher getrennten Parteien Griechenlands und angesichts der Tatsache, daß mehrere griechische Regimenter an der Balkanfront an den Feindstreitigkeiten teilnehmen, hält es die griechische Regierung nicht mehr für möglich weiter militärische Beziehungen zu Deutschland zu unterhalten. Zugleich forderte der Geschäftsträger für sich, das Gelände, das Konularpersonal die Pässe zur Südküste über die Schweiz. Den Schutz der griechischen Interessen sollen die Niederlande übernehmen.

Technische Erklärungen sind auch den andern Mittelmächten zugegangen. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung bemerkt dazu, daß eine Kriegserklärung nicht ausgesprochen, dagegen die Tatsache verzeichnet werde, daß an der Balkanfront schon mehrere griechische Regimenter gegen uns kämpfen. Bisher seien diese als Abteilungen bezeichnet worden. Bisherlos will es aber nun so darstellen, als wenn er von jener das einzige rechtmäßige Oberhaupt Griechenlands gewesen wäre. Das Blatt macht einige Bemerkungen über die wahrscheinlichen Zwecke dieser Darstellung und sagt dazu, daß die Verantwortung für die Folgen der venizelistischen Kriegspolitik den Helden und Verführern aufzuhängen seien, die an dem Unglück des griechischen Volkes wirklich schuldig seien.

Das Berliner Kammergericht hat ein Urteil gesetzt, das selbst in der jetzigen Zeit Aufsehen erregen muß. Der minderjährige Arbeiter L. aus Barmen hatte sich in seinen politischen Anschaunungen dem linken Flügel der sozialdemokratischen Partei angeschlossen. Er hatte einen Jugendbildungverein gegründet und sich an einer Demonstration beteiligt, wofür er zu zehn Tagen Gefängnis verurteilt wurde. Mit Müllsicht auf seine bisherige gute Führung erhielt er Strafauflösung.

Gegen L. wurde nun auf Grund seiner politischen Gesinnung das Fürsorgeverfahren eingeleitet. Das Amtsgericht Barmen beschloß am 11. März die Unterbringung L.s in Fürsorgeerziehung. Auf sofortige Beschwerde des Vaters hob das Landgericht den Beschluß auf. Darauf legte der Oberbürgermeister von Barmen Beschwerde ein, und das Kammergericht hob am 27. April den Beschluß des Landgerichts auf. L. ist demnach Fürsorgeezögling.

Der Beschluß des Landgerichts, so führt das Kammergericht in seiner Begründung aus, verkenne durchaus das Wesen der Erziehung eines deutschen Kindes. Wenn der nationale Sinn so wenig gepflegt, so durchaus irreguliert oder auf unrichtige Wege gerichtet sei, so müsse solange es noch Zeit sei, schließlich auf die Erziehung in deutscher Gesinnung hingewirkt werden. Das Kammergericht sagt dann weiter:

Demgegenüber kann der Hinweis auf die ungebührliche politische Gesinnung, die, wenn sie auch überparteiisch oder gar gemeinfährlich sein würde, zu achten sei, nicht von ausschlaggebender Bedeutung sein. Denn welcher politischen Richtung auch immer ein Minderjähriger in seinem späteren Leben sich anzuschließen gewillt ist, sei es doch, solange der Minderjährige ... der Erziehungsgewalt Dritter untersteht, Sachen der verantwortlichen Stellen, dafür zu sorgen, daß im nationalen Sinn auf den Minderjährigen eingewirkt wird, und die Gefahr einer falschen Verwahrlosung ist ohne weiteres gegeben, wenn es sich herausstellt, daß der Minderjährige bei dem gegenwärtigen Stande seiner Erziehung dem Vaterland entfremdet ist oder gar feindlich gegenübersteht.

Die Zugehörigkeit zu dem radikalen Flügel der Sozialdemokratie wird also vom preußischen Kammergericht als stützlicher Mandat hingestellt und zugleich das Recht des Staates auf uniformierte politische Zwangsgesinnung seines Untertanen bis zum 21. Lebensjahr festgestellt. Das Kammergericht hält sich berufen, über die politische Gesinnung der Staatsangehörigen zu wachen, es sieht in ihnen Untertanen, nicht Staatsbürger.

Es ist uns jetzt nicht möglich, dieses Urteil so zu besprechen, wie es wohl verbiente.

Der Krieg zur See.

Ein kleiner englischer Kreuzer torpediert.

Berlin, 30. Juni. 1. Am Atlantischen Ozean wurden durch eines unserer Unterseeboote neuerdings 30 000 Brutto-Meister-Tonnen versenkt. Unter den versunkenen Schiffen befanden sich die bewaffneten englischen Dampfer Bostonian (3795 Tonnen), mit Kriegsmaterial, Dixie (2145 Tonnen), mit Silkgut, Comito (1001 Tonnen), Chittenden (4026 Tonnen), ferner zwei große bewaffnete Dampfer, einer von ihnen voll beladen mit Munition, und ein unbekannter Dampfer von etwa 4500 Tonnen. Zwei der versunkenen Segler hatten Öl und Tabak geladen.

2. Eines unserer Untersee-Boote hat am 11. Juni im Mittelmeer einen unbekannten englischen Kreuzer älteren Typs torpediert. Ausgesandte zerstörerische Boote trugen am Bug den Schriftzug G.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

24000 Tonnen versenkt.

Berlin, 1. Juli. (Amtlich.) Durch die Tätigkeit unserer U-Boote wurden im östlichen Schwarzen Meer und in den Spezialgebieten um England wiederum 24 000 Br.M.T. versenkt.

Unter den versunkenen Schiffen befanden sich: Die bewaffneten englischen Dampfer Bostonian, 3185 T., mit Kohle nach Russland, Verlo, 5250 T., mit einer großen Anzahl von Automobilen und Kohle nach Russland, der bewaffnete russische Dampfer Argol, 2223 Tonnen, mit Kohle und großen Maschinen nach Russland, und ein unbekannter, mit Kohle und großen Maschinen nach Russland, und ein unbekannter bewaffneter Dampfer. Zwei weitere Dampfer wurden zusammen aus einem Geleitzug herausgeschossen. Zwei der versunkenen Segler hatten Öl geladen. Ein Geschütz wurde erbeutet.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Spanien und der U-Boot-Krieg.

Madrid, 1. Juli. (W. T. B.) Reuter meldet: Der König hat einen Dekret unterzeichnet, durch das den U-Booten der kriegsführenden Mächte die Fahrt in den spanischen Gewässern und das Anlaufen spanischer Häfen verboten wird. Solche U-Boote werden für die Dauer des Krieges interniert werden.

Deutschland.

Plünderung von Lebensmittelhäusern.

Berlin, 1. Juli. Wolffs Bureau teilt folgendes mit: In Düsseldorf wurde am Peter-Pauls-Tage, dem 20. Juni, eine Anzahl von Lebensmittelhäusern durch Frauen und halbwüchsige Burschen geplündert. Die Beteiligung von Ausländern, Belgieren und Russen, wurde dabei festgestellt. Eine größere Anzahl davon wurde verhaftet und steht strenger Bestrafung entgegen. Das aus diesem Anlaß eingesetzte außerordentliche Kriegsgericht hat schon am 20. Juni 15 Urteile, darunter bis zu 6 Jahren Jochthaus, ausgesprochen.

Die Fraktionsführer beim Reichskanzler. Am Montag sollen die Fraktionsführer Besprechungen mit dem Reichskanzler haben, um sich mit ihm über die Behandlung der aktuellen politischen Fragen in der am Donnerstag beginnenden Reichstagssitzung zu verständigen. In den letzten Tagen haben solche Besprechungen schon mit Heselrich stattgefunden.

Frankreich.

Gehäusungen.

Paris, 30. Juni. (W. T. B.) Die Kammer nahm die Behandlung der Interpellationen über die militärischen Operationen bei der letzten Offensive auf. Deschanel teilte mit, dass der Antrag auf Wahrung einer Gehäusung gestellt worden sei. Die Kammer stimmte für die Gehäusung. Die öffentliche Sitzung wurde aufgehoben und die Gehäusung begonnen.

Paris, 30. Juni. Mehrere Senatoren und Gruppen der Linken und Rechten haben einen Aufruf auf Vereinigung bei der Kammer zu einer Gehäusung eingereicht, um die genaue Übereinstimmung der vorgelegten Dokumente durch die Gleichzeitigkeit der Vorlegung zu sichern. Sie fordern deshalb eine Abänderung des Artikels 8 des Verfassungsgesetzes vom 25. Februar 1875.

Großbritannien.

Beschlagnahme der Lebensmittelvorräte.

London, 30. Juni. (Neutermeldung.) Der Lebensmittelstoffselleur hat die Ermächtigung zur Beschlagnahme der Vorräte jeder Handelsniederlassung sowie der Bauern und anderer Erzeuger erteilt. Die Preise beruhen auf den Erzeugungskosten mit einem vernünftigen Gewinnzuschlag ohne Rücksicht auf die Marktpreise.

Italien.

Eine zehntägige Gehäusung.

Rom, 1. Juli. (W. T. B.) Die seit zehn Tagen in geheimer Sitzung tagende Kammer nahm Sonnabendnachmittag ihre öffentlichen Sitzungen wieder auf. Boselli hielt eine patriotische Rede und erklärte, er nehme die Tagesordnung Parma. Diese Tagesordnung lautet: Nach Anhörung der Regierungserklärungen geht die Kammer zur Tagesordnung über, wurde in namentlicher Abstimmung mit 381 gegen 88 Stimmen angenommen.

Venedig, 30. Juni. (W. T. B.) Wie Corriere della sera mitteilt, hielt Sonnino in der gestrigen Gehäusung der Kammer eine längere Rede, die einen großen Erfolg bedeutet soll. Nach der Rede wurde die allgemeine Debatte geschlossen, heute wird in öffentlicher Sitzung die Abstimmung erfolgen. Der König, der in Rom weilte, empfing gestern Boselli und Sonnino zweimal zu längeren Besprechungen.

Griechenland.

Die venezianischen Truppen in Athen.

London, 30. Juni. Daily Mail meldet vom 28. Juni: Die Truppen der Verbündeten haben heute abend Athen verlassen. Ein Regiment der venezianischen Nationalarmee ersegt sie.

Die deutschen Tagesberichte.

Großes Hauptquartier, 30. Juni. Amtlich. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Die Kampftätigkeit der Artillerie hielt sich bei regnerischer Witterung in mäßigen Grenzen. Sie verdichtete sich zu starkem Feuer nur an wenigen Stellen. Nachmittags brach eine englische Kompanie, begleitet von vier liegenden Flugzeugen, südlich von Armentières in unsere Gräben; sie wurde im Gegenschlag sofort wieder geworfen. Nachts sind mehrfach feindliche Erkundungsgruppen zurückgewiesen worden. Eigene Vorstöße an der Yser und nordwestlich von St. Quentin brachten mehrere Verlierer und Franzosen als Gefangene ein.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Gestern früh wurde von bayrischen Truppen nach wirkungsvoller Vorbereitung eine gewaltsame Erkundung südlich von Gorzow durchgeführt. Die Stoßtruppe drangen in 1200 Meter Breite bis zu den hinteren französischen Linien durch und sprengten trotz zäher Gegenwehr einige Unterstände. Mit einer größeren Zahl von Gefangenen kehrten sie unbelästigt vom Feinde in ihre Gräben zurück.

Abends erweiterten westfälische Regimenter den Erfolg vom Vortage östlich von Gerny. Am übernachsenden Sturm nahmen sie mehrere feindliche Grabenlinien südlich des Schlosses La Bovelle. Die Gefangenenzahl hat sich bedeutend erhöht.

Gleichzeitig griffen die Franzosen zweimal mit starken Kräften bei Gerny an; sie wurden im Nahkampf zurückgeschlagen.

Auch auf dem Gelände der Maas wurde der Gewinn des 28. 6. vergrößert. Am Osthang der Höhe 304 stürzte ein französisches Regiment etwa 500 Meter der französischen Stellung und dem Abschlag sich aus Brandenburgern und Berlinern bestehende Sturmabteilungen feindliche Gräben in dem von Béthincourt auf Esnes streichenden Grunde. Am 28. und 29. 6. sind hier 825 Gefangene zurückgeführt worden. Der Feind leistete hartnäckigen Widerstand; seine blutigen Verluste sind erheblich. Er vergrößerte sie noch durch fruchtbare Gegenangriffe am Südufer des Waldes von Avocourt und gegen den Südwesthang der Höhe 301.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Nichts Wesentliches.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold v. Bayern.

Auf den wachsenden Druck der übrigen Entente-Mächte hin begann die russische Gesamtstädtlichkeit in Ostgalizien den Eindruck beabsichtigter Angriffe zu machen.

Starkes Verstärkungsfeuer der Russen liegt seit gestern auf unseren Stellungen von der Bahn Vemberg-Brodenbach zu den Höhen südlich von Bezzano. Bei Konisch griffen nachts russische Kräfte an, die in unserem Vernichtungsfeuer verlustreich zurückblieben.

Auch nördlich und nordwestlich von Zugt nahm die russische Feuerstärke erheblich zu.

An der

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Herzog Joseph.

und bei der

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Ist die Lage unverändert.

Mazedonische Front.

Nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

* * *

Großes Hauptquartier, 1. Juli. Amtlich. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei Regen und Dunkelheit blieb an der ganzen Front in fast allen Abschnitten das Feuer gering. Einige Erkundungsgefechte verließen unsre Aufklärer erfolgreich.

Bei der

Heeresgruppe Kronprinz.

versuchten die Franzosen vergeblich, die von unseren Truppen am Chemin-des-Dames und auf dem westlichen Maas-Ufer erkämpften Geländevoorteile zurückzugewinnen.

Offiziell von Gerny griff der Feind nach kurzer Feuersteigerung dreimal die auf der Hochfläche südlich des Schlosses La Bovelle erobern Gräben an. Alle Angriffe wurden blutig abgewiesen. Die Verwirrung beim Gegner und die Ableistung seiner Ausmerksamkeit ausnutzend, stürmten lippische Bataillone weiter östlich die französischen Linien bis zur Straße Alles-Paix.

Durch diesen Erfolg erhöhte sich die Zahl der von der oft bewährten westfälischen Division in 3 Geschütztagen gemachten Gefangen auf 10 Offiziere und über 650 Mann.

Auf dem Westufer der Maas versuchten die Franzosen in mehrfach wiederholten Angriffen, und aus den an der Höhe 304 und östlich gewonnenen Gräben hinauszuwerfen. Im Sperrfeuer und in erzielten Handgranatentämpfen wurden sie abgewiesen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold v. Bayern.

Dem Drängen der führenden Entente-Mächte hat sich die russische Regierung nicht entziehen können und einen Teil des Heeres zum Angriff bewogen.

Noch tagüber anbaudend Verstärkungsfeuer gegen unsre Stellungen von der oberen Straße bis an die Narrowschlucht angelegt hatte, ließ durch die Militärexpedition neben anderen Schriften auch die Bremer Bürgerzeitung verbreiten. Die Hemelingen erhielten das Blatt in der Regel nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr. Von der Bahnhofsturnhalle wurden die Zeitungen von den Abonnenten geholt und in Hemelingen verbreitet. Als nun am 25. März d. J. die Ausdruckerinnen das wieder tun wollten, kamen mit den Zeitungen auch vier Sozialpatrioten, die Herren Heinrich, 1. Geschäftsführer Rose, 2. Geschäftsführer Schulz, und der Expedient Voigt aus Bremen. Wo zu? Nun, die Herren hatten sich gedacht: „Wenn auch die Generalversammlung des Hemelingen Vereins beschlossen hat, jede Initiative und vom 1. April an auch jede Verbreitung der Bremer Bürgerzeitung einzustellen, so müssen wir doch versuchen, die regelmäßige Gestaltung der jüngsten Bremer Bürgerzeitung möglichst vielen Arbeitern auszuhelfen, damit das Blatt nicht nur Bürgerliche als Abonnenten zu verzeichnen habe. Das ist aber nur möglich, wenn wir die Adressen der Hemelingen Abonnenten bestehen.“

Austatt ich nun an den Vorstand des Hemelingen Vereins zu wenden, ging man anders vor. Man versuchte die Zeitungsfrauen und schrieb die Männer auf, in die Zeitungen gebracht wurden. Doch ging nicht so glatt. Die Ausdruckerinnen gingen mit den Zeitungen nicht zu den Abonnenten, sondern zum Expedienten. Die vier Herren hielten auf der Straße einen kurzen Kriegsrat ab und entluden die Herren Heinrich und Rose ebenfalls in die Wohnung des Expedienten. Dieser durchschauten sofort den Kriegsplan, und als es den Herren nicht gelang, das zu erreichen, was sie begehrten, nämlich die Festschrift der Abonnenten, entzog Herr Heinrich dem Expedienten die in einem Fach des Schreibbüros liegenden Abonnementkarten.

Am 27. März kamen mit den Zeitungen in Hemelingen leiderum diese Herren an und brachten drei Bremer Zeitungsträgerinnen mit. Als die Hemelingen Frauen die Zeitungen zur Verbreitung an sich nehmen wollten, verhinderten die Herren die Frauen davon. Diese suchten nun Mitglieder der Hemelingen Zeitungskommission auf, die dafür sorgten, dass die Hemelingen Abonnenten ihre Zeitung erhalten. Dieser Plan war also nicht gelungen. Nun wurde gegen ein Mitglied der Zeitungskommission bei der Staatsanwaltschaft eine Anzeige erstattet und unser Genosse hatte sich am 14. April deshalb vor dem Amtsgericht in Ahaus zu verantworten. Er war angeklagt, gegen die Interessen der staatlichen Ordnung verstößen zu haben. Vier Zeugen sollten für diese Strafanklage den Beweis erbringen. Doch eine Zeugin muhte gleich ausscheiden, weil sie nichts gesehen, nichts gehört und nicht gewusst hat. Der Hauptzeuge war Friedrich Rose, 1. Geschäftsführer der Bremer Bürgerzeitung. Dieser Herr suchte seine regelmäßige Gestaltung dadurch zu belegen, dass er den Sozialdemokratischen Verein Hemelingen als einen in anarchistischen Fahrwasser schwimmenden Verein dem Bürgerlichen Richter anzeigen. Es gelang Herrn Rose aber nicht, den Gerichtshof damit zu beeinflussen.

Die Anzeige der Bremer Herren lautete auf Rötigung. In der Beweisaufnahme aber wurde festgestellt, dass unser Genosse als Mitglied der Hemelingen Zeitungskommission deren Eigentum mit Gewalt verteidigt hatte. Daß bei der Verteidigung des Eigentums der Arbeiter gerade nicht mit Gewehrschüssen vorgeht, ist nicht nur in Hemelingen festgestellt worden. Unser Genosse wurde freigesprochen; sämtliche Kosten wurden der Staatskasse überwiesen.

Der erwähnte Vorstand des Wahlkreises Hanau-Bodenheim-Gelhausen-Orb hat die Genossen Mehling, Käthe Dünker und Rosa Zugemüburg einstimmig als Delegierte zum Stockholmer Kongress gewählt.

Eingelaufene Schriften.

Von der Neuen Zeit ist soeben das 13. Heft vom 2. Band des 35. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalte des Hefts leben wir hervor: Österreich und Serbien. Von A. Kautsky. — Hans Marschall's Pädagogische und die wahren Gründe der Fraktionssplitterung. Von Ed. Bernstein. — Wahrheit und Idee. Von Max Adler (Wien). — Literarische Rundschau; A. Sieberg, Die Bullane. Von G. Engelbert Graf. — Notizen: Niedriges Einkommen, Frauenarbeit und Geburtenröhre. Von A. Freudenthal.

Berantwortlich für den redaktionellen Tell:

Eugen Prager, Quasig bei Leipzig.

Berantwortlich für den Anzeigenstell:

Aug. Lehmann Leipzig.

Druck und Verlag: Leipzig'scher Buchdruckerei Aktiengesellschaft

Diese Nummer umfasst 8 Seiten.

Ein in den späten Nachmittagstunden nordwestlich Baloge angesetzter sehr starker Angriff brach im vorzüglich bereiteten Artilleriefeuer zusammen. Beim Mitternacht versuchte der Feind südlich von Bezzano ohne Artillerievorbereitung vorauszubrechen. Er wurde abgewiesen. Nachtsüber flachte das Artilleriefeuer ab, um in den Morgenstunden wieder aufzulieben.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Bei der Isonzo-Armee drogten Sturmpatrouillen der ungarischen Heeresregimenter Nr. 71 und 72 nördlich Perosa bis zur zweiten feindlichen Linie vor, wehrten dort zwei Gegenangriffe ab und brachten 1 Offizier und 158 Mann als Gefangene ein.

Südlicher Kriegsschauplatz.

Nichts von Belang.

Der Chef des Generalstabs.

Aus der Partei.

Einzelmitgliedschaft in der U. S. P. D.

Vielfach melden sich Genossen zur Einzelmitgliedschaft in der neuen unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands an Orten, an denen sie nicht wohnhaft oder beschäftigt sind. Dadurch wird eine unnötige Erschwerung der Betriebsleitung, Kontrolle usw. verursacht; ebenso, wenn die Meldungen direkt bei der Zentrale in Berlin erfolgen. Natürlich wird sowohl diese wie jede andere Organisationstätte der U. S. P. D. gern die Vermittlung übernehmen, aber die Mitgliedschaft sollte grundsätzlich am Wohn- und Arbeitsort nachgeladen werden; in besonders gelegenen Fällen sind natürlich Ausnahmen unvermeidlich. Es wäre gut, wenn diese Information möglichst weit verbreitet würde.

Ein mißglücktes Unternehmen.

Um 6. hannoverschen Wahlkreise (Verden-Hoya-Achim) gehörte der größte Dribberein des Kreises, der Sozialdemokratische Verein Hemelingen, zur Opposition. Am 25. März beschloß die Generalversammlung gegen eine Stimme, jede Agitation für die Bremer Bürgerzeitung einzustellen und dafür eine Zeitung einzuführen, die auf dem Boden der Opposition steht.

An dieser Generalversammlung war der sozialpatriotische Bevölkerungsverein F. Wagstaffe wie auch der gleichgesinnte Bezirkssprecher, Arbeitersekretär Hermann Rhein, anwesend. Beide Herren kamen in

Amtliche Bekanntmachungen. Frischfleischbezug und Frischfleischzulage in der Woche vom 9. bis 15. Juli 1917.

Es werden für den Kost ausgegeben:
 a) 250 Gramm Fleisch mit Knochen, einschließlich 50 Gramm Einheits- oder Kriegswurst,
 b) 250 Gramm Fleischzulage zum Vorzugspreise.

I.
 1. Anmeldung des Fleisches und der Fleischzulage durch die Verbraucher beim Fleischer bis Mittwoch, den 4. Juli, abends 8 Uhr. Spätere Anmeldungen sind unzulässig und werden nicht berücksichtigt.

2. Bei der Anmeldung sind abzugeben:

- A. für Erwachsene:
 a) die Marken Q 1-8 von der Reichsfleischkarte zum Bezug von 200 Gramm Fleisch mit Knochen,
 b) die Marken Q 9 und 10 der Reichsfleischkarte zum Bezug von 50 Gramm Einheitswurst (Blut- oder Leberwurst) oder 50 Gramm Kriegswurst,
 c) die städtische Vorzugsfleischmarke Q mit dem grünen Wappen zum Bezug von 250 Gramm Fleisch mit Knochen zum Vorzugspreise.

B. für Kinder:

- a) die Marken Q 1-5 von der Reichsfleischkarte zum Bezug von 125 Gramm Fleisch mit Knochen,
 b) die städtische Vorzugsfleischmarke Q mit rotem Wappen zum Bezug von 125 Gramm Fleisch mit Knochen zum Vorzugspreise.

3. Werden die Marken Q 1-4 zum Bezug von Haxenmitteln verwendet, so kann allein auf die Marken Q 5-8 oder einzelne von diesen Frischfleisch angemeldet werden. Der Fleischer darf sich nicht weigern, die Bestellung auf diese Marken allein ohne die Marken 1-4 anzunehmen. Jede Marke Q wird in diesem Falle mit 25 Gramm Fleisch mit Knochen beliefert.

4. In Gast- und Speiselokalen, den Speiseanstalten oder bei anderen Massenspeisungen gelten die städtischen Vorzugsfleischmarken nicht.

II.
 Einreichung der abgegebenen Frischfleischmarken und Vorzugsfleischmarken durch den Fleischer in der Vorzugsfleischstelle bis Donnerstag, den 5. Juli, mittags 12 Uhr.

IV.
 Ausgabe des Fleisches an die Fleischer durch die Vieh- und Fleischverteilungsstelle im Schlachthof zu der von dieser besonders bekanntzugebenden Zeit.

V.
 An die Verbraucher wird ausgegeben:
 a) das gegen Abgabe der Reichsfleischkarte von der Reichsfleischkarte angemeldete Fleisch zum gesetzlichen Höchstpreise

Mittwoch, den 11. Juli
 in der vom Fleischer im Schaukasten bekanntzugebenden Reihenfolge der Nummern der Kundenliste;
 b) die gegen Abgabe der Frischfleischkarte angemeldete Wurst zum Preise von 20 Pf. für 50 Gramm Einheitswurst (Blut- oder Leberwurst), oder 10 Pf. für 50 Gramm Kriegswurst an dem vom Fleischer im Schaukasten bekanntzugebenden Tage der Woche vom 9. bis 15. Juli 1917;

c) die gegen Abgabe der Vorzugsfleischmarken angemeldete Fleischzulage zum Vorzugspreise

Sonnabend, den 14. Juli
 in der vom Fleischer im Schaukasten bekanntzugebenden Reihenfolge der Nummern der Kundenliste.

VI.
 Die Bekanntmachungen über die Regelung des Frischfleischbezugs vom 23. September 1916 mit der Abänderung vom 10. Dezember 1916 und 7. und 27. April 1917 finden Anwendung.

Leipzig, am 30. Juni 1917. Kr.-E.-A. III.
 Der Rat der Stadt Leipzig.

**Die Auszahlung der Kriegsunterstützung
für die unserer geleglichen Vormundschaft
unterstehenden unehelichen Kinder**
durch die Kasse des Armen- und Pflegeamts, Stadthaus, Hauptgesch., Zimmer 804/805, erfolgt im Monat Juli 1917 für die Kinder mit den Anfangsbuchstaben

A bis D Montag, den 2. Juli 1917
 E bis G Dienstag, " 3.
 H Mittwoch, " 4. " "

J und K Donnerstag, " 5. " "
 L bis N Freitag, " 6. " "
 O bis R Sonnabend, " 7. " "
 S Montag, " 8. " "

T bis Z Dienstag, " 10. " "
 Die Auszahlungen werden nur in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags bewirkt.

Die Pflegeltern und Kindesälter werden aufgerufen, die Kriegsunterstützung an dem für sie hierauf bestimmten Tage während der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags unter Vorlegung des Fleischlinderbuchs und der Ausweiskarte in Empfang zu nehmen. Wer die Unterstützung an dem betreffenden Tage nicht abholt, kann sie erst vom 11. Juli 1917 an während derselben Kassenstunden erhalten.

Die Kindesälter und Pflegeltern haben einen etwaigen Tod des Kindes sowie jeden Pflegewehl, ferner die etwaige Beurlaubung des einberufenen Kindesvaters zu Erwerbszwecken dem Pfleg- und Jugendfürsorgeamt sofort anzugeben.

Leipzig, am 30. Juni 1917. Der Rat der Stadt Leipzig.
 Pf.-A.-Verw. 255. Pfleg- und Jugendfürsorgeamt.

Die von den städtischen Kollegien beschlossene Neuanordnung des Vereins für Arbeitsnachweis in Leipzig in die städtische Verwaltung ist am 30. Juni 1917 erfolgt.

Der Nachweis führt die Bezeichnung

Arbeitsnachweis der Stadt Leipzig.

Als Leiter haben wir den bisherigen Vereinsvorstand Herrn Müller angehebt. Die seitherigen Geschäftsstellen in der Münzgasse 24/26 und Querstr. 20/28 sowie im Handelshof, ebenso die Dienststunden, bleiben vorläufig unverändert fortbestehen. Die Neueröffnung in die neuen Räume im Grundstück Seeburgstraße 14/20 und Sternwartenstraße 15/21 wird voransichtlich im Monat September 1917 erfolgen.

Leipzig, am 30. Juni 1917. Ges.-Rat 708.

Der Rat der Stadt Leipzig.

Änderung der Erzenger-Höchstpreise für die mit Geschirr nach Leipzig gelieferte und für die in Leipzig erzeugte Vollmilch.

Nachstehend bringen wir die Verordnung der Königlichen Kreishauptmannschaft vom 20. Juni 1917, die in der heutigen Sachsenischen Staatszeitung zum Abdruck gelangt, anwendungsgemäß zur öffentlichen Kenntnis.

Leipzig, am 30. Juni 1917 Kr.-E.-A. II.

Der Rat der Stadt Leipzig.

Die von der Königlichen Kreishauptmannschaft unter dem 3. Juni 1917 — II G W 3499a — Sachsen. Staatszeitung Nr. 128 vom 6. Juni 1917 — erlassene Bekanntmachung über Milchhöchstpreise wird aufgehoben und durch folgende ersetzt:

Beim Verkauf gut gefüllter und gereinigter Vollmilch an Stall an Händler, die diese Milch mit Geschirr nach Leipzig und den Gemeinden Böhlin-Ehrenberg, Penzsch, Grohschöner-Windorf, Gaußsch-Lindenthal, Deitsch-Wartleberg, Mölkau, Paasdorf und Wahren einführen, darf der Höchstpreis 28 Pf. das Liter, bei nicht besonders behandelter Milch 26 Pf. das Liter nicht übersteigen.

Die im Stadtgebiete und in den vorgenannten Gemeinden ausfälligen Erzenger dürfen für die im Stadtgebiete und in diesen Gemeinden erzeugte Milch bei Abgabe an Händler 32 Pf. fordern.

Leipzig, den 29. Juni 1917. II G W 3120

Königliche Kreishauptmannschaft.

Schrotungsverbot in Leipzig-Land.

Nedes Schrotten (Quetschen) von Roggen, Weizen, Hafer und Gerste alter oder neuer Ernte in Mühlern aller Art sowie auf Schrotmühlen der Gutsbetriebsen wird hiermit bis zum Erlass neuer Schrotvorschriften untersagt. Jede Verschrottung bedarf bis auf weiteres besonderer Genehmigung der Amtshauptmannschaft. Zur widerhandlungen gegen diese Bestimmung werden mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bis zu 50 000 M. oder mit einer dieser Strafen bestraft. Neben der Strafe kann auf Einziehung der Frichte oder Erzeugnisse erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied ob sie dem Täter gehören oder nicht, soweit sie nicht auf Grund anderer Bestimmungen dem Kommunalverband für verfallen erklärt worden sind.

Leipzig, am 23. Juni 1917.

IV. F. 306. Der Bezirksverband Leipzig-Land.

Gemeindeverfassung Sebsö - Mortfleiberg.

Geschäftsstellen:

Dorfamt Gemeindemitte Leibig	Mortfleiberg Rathaus Mortfleiberg
Rathaus Stadt- und Straßen. Herrnpräsident: 85 771. Postleitzahl: 7 Minuten von S. Substation bahn. Fernsprecher: 85 771. C. Döllig. — Seite D n. G. Postleitzahl: 85 478. Postleitzahl: Selpzig 14 999.	7 Minuten von S. Substation bahn. Fernsprecher: 85 478. Postleitzahl: Lento Selpzig 50 857.
Giroverguthaben: 10 000 000 M. Sinsatz 2 1/2 % Zählige Verpflichtung.	
Geschäftszeit: 8-1 und 8-5. Sonnabends 8-2 Uhr.	

Geschäftsstellen:

Dorfamt
Gemeindemitte Leibig

Rathaus
Stadt- und Straßen.
Herrnpräsident: 85 771. C. Döllig. — Seite D n. G.
Postleitzahl: 7 Minuten von S. Substation
bahn. Fernsprecher: 85 771. C. Döllig. — Seite D n. G.
Postleitzahl: 85 478. Postleitzahl:
Selpzig 14 999.

Giroverguthaben: 10 000 000 M.

Sinsatz 2 1/2 % Zählige Verpflichtung.

Geschäftszeit: 8-1 und 8-5. Sonnabends 8-2 Uhr.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 2. Juli.

Geschichtsalender. 2. Juli 1844: Der Kanzerredner Abraham a Santa Clara zu Kreuzheinzelten in Baden geboren († 1709). 1724: Friedrich Gottlieb Klopstock in Quedlinburg geb. († 1803). 1778: Der französische Philosoph Jean Jacques Rousseau in Ermenonville gestorben († 1712). 1804: Die Romanschriftstellerin George Sand in Paris geboren († 1876).

Sonnenaufgang: 4,44, Sonnenuntergang: 8,28.
Monduntergang: 1,51 vorm., Mondaufgang: 7,27 nachm.

Erhöhung des Straßenbahntariffs?

Die Leitung der Leipziger Verkehrsbetriebsunternehmungen bereitet die Daseinsfähigkeit auf eine Erhöhung des Straßenbahntariffs vor. In einem Artikel der Leipziger Neuesten Nachrichten läßt sie mitteilen, daß sie in der nächsten Zeit der Daseinsfähigkeit eine zahlenmäßige Begründung ihrer Verteuerungsabsichten unterbreiten werde. Wenn diese Begründung vorliegt, wird sie sehr genau geprüft werden müssen. Aber schon jetzt müssen einige Worte zu dem Versuch gesagt werden, den Straßenbahnbetrieb in Leipzig zu verteuern.

Die Gelegenheit dazu hat die Leitung der Straßenbahnen in der Tariferhöhung der Dresdner städtischen Straßenbahnen zu finden geglaubt. Diese Tariferhöhung in Dresden ist erfolgt, um das buchstäbliche Defizit der städtischen Straßenbahnen zu decken. Ob sie durch die Rentabilitätsverhältnisse der Dresdner Straßenbahnen wirklich unumgänglich gemacht wurde, läßt sich ohne eine eingehende Prüfung des zahlenmäßigen Materials — nicht nur des in der Presse veröffentlichten — nicht sagen. Anders liegen die Dinge in Leipzig. Die Leipziger Straßenbahnen sind in Privatbesitz. Ihre Rentabilität hat bisher nichts zu wünschen überlassen. Die Aktionäre namentlich der Großen Leipziger Straßenbahn, haben unter der Herrschaft des Einheitstariffs ein glänzendes Geschäft gemacht. Die Dividende, die während der Kriegsjahre noch 9 Prozent betrug, läßt nicht gerade auf ein notleidendes Unternehmen schließen. Wie sich die Rentabilität nach der Verschmelzung der drei Leipziger Verkehrsbetriebsunternehmungen, der Großen Leipziger Straßenbahn, der Leipziger Elektrischen Straßenbahn und der Leipziger Stromlinien-A.-G. gestalten wird, das wird zunächst abzuwarten sein.

Bei den Vorverhandlungen zur Verschmelzung sind bereits Stimmen laut geworden, die eine künftige Erhöhung des Zehnpfennigeneinheitstariffs fürchten — nicht mit Unrecht, wie sich jetzt zeigt. Was namentlich von sozialdemokratischer Seite im Stadtparlament vorhergesagt wurde, das soll nunmehr eintreten. Damals haben die städtischen Körperschaften die Beteiligung der Stadt an den Verkehrsunternehmungen beschlossen, und eines der Hauptmotive dazu war der Schutz des Zehnpfennig-Einheitstariffs. Was vor wenigen Monaten galt, gilt auch heute noch: an dem Zehnpfennigtarif darf nicht gerüttelt werden.

Die Straßenbahn ist eine soziale Einrichtung. Ihr Zweck ist, den Verkehr der Bevölkerung zu erleichtern, und nicht der Profit der Aktionäre. Maßgebend für die Gestaltung des Tariffs muss das Interesse der Bevölkerung sein, nicht das Interesse der Aktionäre. Eine Verteuerung des Straßenbahntariffs um 5 oder auch nur um 2½ Pf. pro Fahrt bedeutet eine überaus starke Belastung der Bevölkerung, namentlich der Kreise, die gearbeitet haben, die Straßenbahn zum Verkehr nach und von der Arbeitsstätte zu benutzen, eine Belastung, die bei weiten Kreisen jährlich die Höhe ihres gesamten Steuerbetrages erreichen würde. Arbeiter, Angestellte, Beamte werden planmäßig davon getroffen werden.

Auf die weiteren Wirkungen einer Tariferhöhung soll nur ganz kurz hingewiesen werden. Ein allgemeiner Zug nach der inneren Stadt zu würde die Folge sein. Anstatt einer Verteilung der Wohnbevölkerung auf die Vororte, die im Interesse der Volksgesundheit zu wünschen ist, würde sich ein Zusammendrängen in den ausgesprochenen Geschäfts- und Arbeitervierteln gestalten machen. Eine Erhöhung des Straßenbahntariffs bedeutet die schwerste Bedeutung einer gefundene Wohnungspolitik.

Die städtischen Körperschaften werden daher bei ihren Erwägungen über einen künftigen Vorschlag der Leitung der Straßenbahnen zur Tariferhöhung das Interesse der Bevölkerung über das Interesse der Aktionäre der Straßenbahngesellschaft stellen müssen.

Preisprüfungsstellen.

Wie man und schreibt, haben in der vergangenen Woche zwei Hochausschüsse der Leipziger Preisprüfungsstelle, bestehende für Fleisch, Fleischwaren und Milch und deren für Landesprodukte, Kolonialwaren und Konfektion, längere Sitzungen abgehalten. Der erstm genannte Ausschuss sprach sich ausstimmend zu der vom Rate zwischen verfügbaren Erhöhung der Fleischpreise für die Stadt Leipzig aus. Die Notwendigkeit dieser Erhöhung wurde vom Ausschuss anerkannt. Am überigen berieten die beiden Ausschüsse über eine große Anzahl anhänger Preisdurchsetzungen. Es handelte sich um Schweinefleisch, Grillschinken, Sülze, verschiedene Wurstmittel, Süßpulver, Marzipankonfektion, Bonbons, Kekse, Käse, Butter und sonstige Gewürze, Senf und Pfefferkuchen, Salatzwiege, Käsefett-Crème, Stärkefett, Süßbrennwein, Zigarren, Seife und dergleichen mehr. In vielen Fällen wurde das Vorliegen übermäßiger Preisdurchsetzung bestätigt. Die Schuldigen werden zur gerichtlichen Bestrafung gebracht werden. Dagegen verneinte der auständige Ausschuss in einem Falle, in dem es sich um Glaubersalz handelte, seine Zuständigkeit und sprach sich dahin aus, daß Glaubersalz nicht zu den Gegenständen des täglichen Bedarfs gehöre. Er kann nicht anerkannt werden, daß für das nur als Absturzmittel, im Körbereibetriebe und im Haushaltswesen verwendete Glaubersalz in weiten Kreisen der Bevölkerung ein tägliches Bedürfnis bestehe.

Billiger Milch auf Vorzugsfleischmarken!

Das Kriegsernährungsamt teilt mit, daß von heute an statt der Fleischzulage auch frischer Milch, um den behördlichen Kostenzuschuß verbilligt, entnommen werden kann. Die städtische Vorzugsfleischmarke für Erwachsene wird von den Leipziger Fleischgesellschaften zum Werte von 80 Pf. die städtische Vorzugsfleischmarke für Kinder zum Werte von 40 Pf. in Zahlung genommen. Die Marken dürfen nur in der auf ihnen aufgedruckten Woche oder in der dieser vorangehenden Woche für den Einkauf von Milch benutzt werden. Welche Menge oder welche Dischorte entnommen wird, ist gleichgültig, nur

dafür, daß die Marken dann nicht in Zahlung genommen werden, wenn der Preis für die entnommene Dischorte niedriger ist als der Geldwert der Marken, so daß also bei Hinzugabe der Marken der Händler noch Geld wieder herauszahlt müßte. Möglich ist aber, daß man bei der Dischortentnahme gar nichts zu zahlen, sondern nur die Marke abzugeben hat, z. B. wenn der Preis für eine Dischorte gerade 80 Pf. beträgt, und eine Marke für Erwachsene hingegaben wird, oder wenn bei einem Betrage von 1.80 Mk. zwei Marken abgegeben werden müssen. Aufmerksam gemacht sei darauf, daß neue rechtliche Zulizen von frischen Fleischwaren, namentlich von Schafsfleisch, von Dienstag, den 3. Juli, an zum Verkauf gelangen.

Lebensmittelkalender für Dienstag, den 3. Juli.

Für Haushaltungen. Anmeldung: Brot als Kartoffelsatz: Beginn der Entnahme gegen Abgabe der rechten Hälfte der Kartoffelsatz mit dem grünen Aufdruck J 5 (1 Pfund).

Konservierte Milch oder Milchpulver: Letzter Tag — abzugeben je 2 Marken 17 E der Lebensmittelkarte 19, 2.

Eier: Letzter Tag — abzugeben blaue und weiße Marken D 1. Graupen: Letzter Tag — abzugeben 18 E, K, S der Lebensmittelkarte 19, 2.

Hausnährmittel: Letzter Tag — abzugeben 19 E, K, S der Lebensmittelkarte 19, 2 und Fleischmarkentreifen Q 1—4, wenn darauf kein Fleisch angemeldet wird.

Ausgabe: Hausrnährmittel: Letzter Tag — besteht mit 18 E, K, S der Lebensmittelkarte 19, 1.

Graupen: Letzter Tag — besteht mit Wappens und Aufdruck L Vorbr. Nr. 82 vom Kopfe der Lebensmittelkarte 19, 1 und Fleischmarkentreifen O 1—4.

Zusatzarten für Schuharbeiter. Nr. 1—400 der Handelskarte. Für Händler, Quark und Käse: Belegscheinentnahme (nachm. 3—5 Uhr) durch die Obmannschaft und Ablieferung an die Leipziger Käseverteilungsgesellschaft.

Butter: Belegscheinabgabe durch die Kleinhändler an die Großhändler und Ablieferung durch die Großhändler an die Verkaufsstelle.

Kartoffelsatz: Belegscheinentnahme durch die Kleinhändler vorm. J—L, nachm. M—Q.

Unzulässige Ausübung der Rechtsanwaltschaft.

Der Gerichtsassessor Dr. Lang in Leipzig ist im Januar 1915 wegen Vergleichs gegen die Anwaltspläne und wegen Gewissensbisse bei Freiheits- und Geldstrafen verurteilt worden. Die Freiheitsstrafe hat er verbüßt, die Geldstrafe bezahlt. Außerdem ist er vom Ehrengerichtshof in Leipzig wegen Verleumdung seiner Verwandten von der Rechtsanwaltschaft ausgeschlossen worden. Am 19. Juli 1916 meldete er beim Gewerbeamt der Stadt Leipzig die Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten und bei Behörden und Gerichten wahrscheinlicher Geschäfte an, insbesondere die Abfassung von Schriftstücken usw. Die Ausübung dieses Gewerbes wurde ihm aber wegen Unzuverlässigkeit am 21. Oktober 1916 untersagt. Die Unzuverlässigkeit wurde darin erkannt, daß er aus Gewinnlucht handelt und gegenüber wirtschaftlich schwachen Personen seine Überlegenheit ausgenutzt habe. Gegen diesen Untersuchungsbefehl legte P. Reuter ein, worauf ihm der Stadtrat mitteilte, daß das Rechtsmittel verspätet eingegangen sei. Da er diese Mitteilung erhalten hat, hat sich nicht einwandfrei feststellen lassen. Am 13. Dezember 1916 ist ihm eine Strafvollstreckung zugestellt worden wegen Ausübung des Gewerbes eines Rechtskonsulenten trocken Unterlagen. Er hatte nämlich in einer Reihe von Zeitungsauskündigungen sich zur Erledigung aller, fremder Rechtsangelegenheiten sowie zum Entwurf von Verträgen, Urkunden u. bergl. angeboten und diese Zeitungsauskündigungen auch nach der Unterlagen des Gewerbes und sogar noch nach Erlass der Strafvollstreckung bis in die neueste Zeit hinein fortgesetzt. Er ist auch im Sinne dieser Zeitungsauskündigungen tätig gewesen und hat die Geschäfte eines Rechtsanwalts ausübt. Das Schöffengericht hat ein Vergehen gegen die Bestimmung in § 85 der Gewerbeordnung für vorliegend erachtet und die Geldstrafe (100 Mk.) bestätigt. Die Verteidigung des Angeklagten ging dahin, seine Tätigkeit halte nicht unter die Gewerbeordnung, auch sei ihm die Mitteilung des Stadtrats vom 5. November 1913 nicht zugegangen. Die Untersuchungsvollstreckung sei überhaupt nicht rechtstaatlich geworden, da er rechtzeitig Mekurs eingelegt habe. Er will das Schriftstück am 4. November selbst zur Post neigen haben. Diese Einwendungen sind für widerlegt angesehen worden. Dem Angeklagten ist am 6. November selbst an Stelle gesagt worden, daß sein Mekurs verspätet eingegangen sei, trotzdem er also mindestens von da an nicht mehr im Zweifel stand, hat er seine Tätigkeit fortgesetzt. Die Rechtsmittelstrafe war am 4. November abgelaufen. Die Verurteilungslauf ist dem durchweg beigegeben. Von einem guten Glauben des Angeklagten könne vom 6. November an keine Rede mehr sein. Die Revision des Angeklagten wurde vom Oberlandesgericht in Dresden lospruchlich verworfen.

Ein Handel ohne Warenlager.

Das Landgericht Leipzig hat am 2. März den Kaufmann Schlegrell wegen übermäßiger Preissteigerung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, außerdem die Geschäftsgeschäftsstrafe verehrt. Schlegrell wegen Beihilfe an der gleichen Strafe. Schlegrell wurde im Herbst 1914 ein Geschäft zum Vertrieb von Gegenständen des täglichen Bedarfs und stellte die Schuhmacher als Geschäftsinhaber dar, die schlechlich die Seele des Geschäfts und endlich dessen Inhaberin wurde. Der Handel wurde betrieben mit kondensierter Milch, Seife, Gulaich, Kaffee, Butter, Blasenwurst, Schokolade und Milchobst. Ein Warenlager hatte das Geschäft nicht; es wurden vielmehr der Kundschaft nur Preisschlitten gesandt, auf denen die Preise als „freibleibend“ bezeichnet wurden. Beachtenswert ist der Umstand, daß die Preisschlitten auch den Vermieter enthielten: „Die Preise gelten als nicht gesetzert, wenn sie etwa gegen gesetzliche Bestimmungen oder Verordnungen verstochen sollten.“ Das Gericht hat aber trotzdem festgestellt, daß die Angeklagten übermäßige Preise gesetzert haben. Da es sich um reine Agentengeschäfte handelt, wäre ein Nettogewinn von 2 Prozent genügt gewesen, das Gericht hat aber den Angeklagten 4, ja sogar 8 Prozent zugebilligt und nur den hiermit sich ergebenden Mehrgewinn von 48 000 Mark, den die Angeklagten erzielt haben, als einen strafbaren angesehen. Gegen das Urteil hatten beide Angeklagten Revision in dem Reichsgericht eingereicht. Über die des Angeklagten Schl. konnte nicht verhandelt werden, da er sich jetzt im Hegen befindet. Frau Schuhmacher beschwerte sich in der Hauptstrophe darüber, daß sie als Geschäftsinhaberin die Strafe erhalten habe wie der Hauptläster. Das Reichsgericht hielt alle Beschwerden der Angeklagten für unbedeckt und verwies die Revision als unbegründet.

Zigarettenrauchen wird teurer.

Während Tabak und Zigaretten nach und nach vom Markt verschwinden und infolgedessen immer teurer werden, sind die Preise für Zigaretten seit Einführung der Steuer wohl stabil geblieben. Jetzt soll eine Änderung vorgenommen werden, indem der Bundesrat durch Verordnung vom 28. April höchstgewicht für Zigaretten festsetzt. Die Festlegung des höchstgewichtes dient der Streitung der Vorrite an Zigarettentabak, dieses sei bei den spärlichen Zufüllungen an Rohtabak geboten. Bei Zigaretten mit Hohlmundstück darf das höchstgewicht bei 1000 Stielen 650 Gramm nicht überschreiten.

Wir werden es also erleben, daß die Zigaretten in Zukunft zwei Drittel Mundstück sind, das letzte Drittel mit Tabak gefüllt ist. Es ist sehr schwierig, daß auf diese Weise Tabak gespart wird und wenn nur Höchstpreise vorgeschrieben werden, so wird es allgemein eingeführt.

Bleivergiftungen durch Pflaumenmus.

Über eine Folgeerscheinung des Krieges, die Vergiftung durch Pflaumenmus, macht das Kaiserliche Gesundheitsamt bezeichnende Mitteilungen. Danach habe man besonders in ländlichen Haushaltungen statt der Kupferkessel vielfach ungeeignete Erhitzestell zum Einkochen von Obst benutzt. Die wiederholten östlichen Warnungen vor der Verwendung blander Eisengefäße oder solcher aus Zink oder verzinktem Eisen wären anfangs nicht genügend beachtet worden. An vielen Städten wurde Obstmiss durch Aufnahme von Eisen im Gemüse verboten, durch Aufnahme von Zink nicht nur ungünstig, sondern auch gesundheitlich schädlich.

Als besten Erfolg für die Kupferkessel werden gutemalliertes Gesäß empfohlen. Letzter aber scheinen — wie das Gesundheitsamt sagt — neuerdings Emallem vorzukommen, die im Widerspruch mit den Bestimmungen des Gesetzes über den Verkehr mit bleist. und inhaltlichen Grenzwerten stark bleihaltig sind. Aus dem Chemischen Untersuchungsamt des Hygienischen Instituts der Universität Halle berichten R. Klostermann und R. Scholtie über eine größere Anzahl von Bleivergiftungen, die nur auf den Genuss von Pflaumenmus zurückzuführen waren. Proben des Meles wurden stark bleihaltig besunden: 100 Gramm enthielten 23 bis 104 Milligramm Blei. Weder äußerlich noch im Geschmack hat das Mus etwas Verdächtiges oder Auffallendes. Die Gefahr einer Vergiftung durch den regelmäßigen Genuss ist deshalb um so größer.

Mit dem unten Mai, Vorsticht beim Genuss von Pflaumenmus zu über, ist also nichts anzufangen. Wir haben hier wieder eine Erscheinung des Krieges vor uns, die leider erst nach ihm verschwinden wird.

Tee-Ersatzmittel. Eine Verfügung des Unterrichtsministers weist auf die Ersatzmittel für Tee hin und zeigt, welche Pflanzen in Betracht kommen. Benannt werden besonders die jungen getrockneten und sodann zerkleinerten oder geschnittenen Blätter der Erdbeere, Brombeere, Heidelbeere, Moosbeere, Kronebeere, Preiselbeere, schwarze Johannisbeere, Himbeere, Stechpalme, Alraute, Birke, Ulme, Weide und Eberesche sowie auch des Schwarzen oder Schledornus, des Waldmeisters, des Walnussbaums und des Wendenvögels. Auf Anregung des Präsidenten des Kriegernährungsamts werden die Schulen und Institute erlaubt, auf die Notwendigkeit der andrehenden Beschaffung dieser Kräuter hinzuweisen und deren Sammlung anzuregen, sowie die Schüler nicht für dringlichere landwirtschaftliche oder sonstige Arbeiten in Anspruch genommen sind. Zur Vermeidung von Schäden ist die Beaufsichtigung durch die Lehrer erwünscht. Einzelne Kräuter über als Arzneimittel besondere Wirkungen aus und sind deshalb bei der Herstellung von Familiengetränken im allgemeinen jedesfalls als wesentlicher Bestandteil anzusehen. Dies gilt für Lindenblätten, Peteder, Pfefferminz, Sternenblätter, Denschel, Kamille und ähnliche Kräuter. Der Präsident des Arzneimährungsamts hat die Händlerorganisationen auf ihre Mitglieder an die Behörden zu weisen.

Geschlechterausheilung in den Kur- und Badeorten. Vom Minister des Innern ist auf Veranlassung des Deutschen Ausschusses für die gesundheitlichen Einrichtungen in Kur- und Badeorten eine besondere Verfügung über die Bekämpfung der Geschlechterkrankheiten an die Regierungspräsidenten ergangen. Wegen der Besiedelbarkeit der Verhältnisse will der Minister alle allgemeinen Bestimmungen geben. Er teilt lediglich die Zeitfräse mit, die jener Ausschuss aufgestellt hat, ohne sie im einzelnen sich zu eigen zu machen. Die Gefahr wird dadurch bedingt, daß der ganze Zustand des Badelebens großstädtisches Gepräge trägt. Mehr als die Hälfte der Gäste sind Großstädter. Das Sommerpersonal ist während der kalten Jahreszeit in größeren Städten beschäftigt. Im Betracht kommt das Sommerpersonal, die Badegäste und Heeresangehörige. Gefährlich sind besondere Bergungshäütten niedriger Art. Zur Bekämpfung empfohlen wird Aufklärung durch Merkblätter und Vorträge, Beseitigung von Miasmata bei der Unterbringung des Personals, Unterbringung von Kluckeien, Überwachung sowie die Einrichtung unentgeltlicher Beratungsstellen.

Das Gewerbeausschiff teilt uns mit: „Die Notiz „Lebensmittel im Volkshaus“ in der Sonnabendnummer der Leipziger Volkszeitung, von der der Kartellausschuß vorher keine Kenntnis hatte, entspricht infolge nicht den Tatsachen, als die Verteilung von Lebensmitteln „die folgenden Tage“ nicht auftritt und als ferner an eine Verteilung von Kohlen nie gedacht ist und aus allgemein bekannten Gründen auch nicht gedacht werden kann.“

Über Ablieferungspflicht von Delen, Ketten und Anhören erläutert der Kriegsausschiff für Delen und Ketten eine Bekanntmachung, wonach er auf die Bundesratverordnung vom 15. Februar 1917 erneut hinweist. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. bestraft wird, wer Delen und Ketten nicht ablieferiert. Es liegt im Interesse der Volkswirtschaft, daß der Bekanntmachung Folge geleistet wird.

Zur Versorgung der Städte mit Obst. Nach Meldungen der Berliner Presse soll unmittelbar eine Vergiftung der Reichsstelle für Obst und Gemüse bevorstehen, wonach an Erzeugerorten, die in der Nähe von Städten über 10 000 Einwohnern liegen, der Verkauf von Obst und Gemüse an Händler nur in der Zeit von 6—8 Uhr morgens stattfinden darf. Im Kleinhandel dürfen nur je eine Person drei Pfund Obst abgegeben werden, doch haben die Gemeinden das Recht, das Quantum zu erhöhen.

Die Tarifsätze der Leipziger Dünger-Export-A.-G. sollen nach einer Ratsvorlage um 10 Proz. erhöht werden. Von der Erhöhung sollen die Hausbesitzer 50 Proz. und die Stadt 40 Proz. übernehmen. Diese Erhöhung soll für die Zeit ab 1. Juli 1917 bis drei Monate nach Friedensschluß Geltung haben und wird der Gesellschaft nur gewährt unter der Voraussetzung, daß sie allen Ansprüchen in bezug auf Grubenförderung genügt. Außerdem soll der Gesellschaft auf ein Jahr ein zinloses Darlehen von 200 000 Mk. zur Ausschaffung von Pferden gegeben werden. Die Vorlage geht den Stadtvorordneten.

Anhören- und Kleinsteckverkauf auf dem Schlachthof. Dienstag, den 3. Juli, früh: von 8—10 Uhr Nr. 85301 bis 70000; von 10—12 Uhr nur für Urlauber. Passendes Kleingeld und vier Fleischmarken P sind mitzubringen. — Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Anhören jetzt 80 Pf. kosten.

Was ist Bütcher? Der Fleischkurstabistischer Franz Hersche in Bad Ems war wegen Kriegswuchers mit Milch angeklagt und vom Landgericht Limburg zu 800 Mk. Geldstrafe verurteilt worden. Hersche hält selbst eine Anzahl Milch und lauft Milch hinz, die er mit 28—35 Pf. pro Liter bezahlt. Die Kürbisse in Ems zahlen 1 Mt. für das Liter Milch, das Vazett, an welches Hersche

100 Taler täglich ließt, zahlt 40 Pf., und diese Preise werden als normal angesehen. Nun forderte Persche aber von seinen Privatunden 60—70 Pf., und deshalb ist er bestraft worden. Gegen das Urteil war Revision angemeldet worden und hatte sich das Reichsgericht mit der Sache zu beschäftigen. Ein Sachverständiger, der gehört worden war, hat die Gestaltungskosten berechnet, danach wäre ein Preis von 50 Pf. angängig gewesen, der geforderte war zu hoch, aus dem Grunde war die Bestrafung wegen Wuchers erfolgt.

In der Revision machte der Angeklagte geltend, daß die Gestaltungskosten in der Stadt andere sind als auf dem Lande, und einem Verfassungsgerichten in Kreuznach sei gestaltet worden, 70 Pf. pro Taler zu nehmen. Er sei von niemand darauf hingewiesen worden, daß der geforderte Preis so hoch sei. Der Rechtsanwalt erklärte das Urteil für bedenklich und bezeichnete es als glaubhaft, daß eine städtische Molkerei gelegentlich höhere Unkosten habe. Er selbst beziehe Milch aus einem städtischen Betrieb in Leipzig für 90 Pf., das Taler und glaube nicht, daß er beweisen werde. Das Reichsgericht hob das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Die Fahrlässigkeit des Angeklagten ist in keiner Weise nachgewiesen. Auch sind Beweisanträge des Angeklagten, die dahin gingen, daß seine Unkosten höher waren, zu Unrecht abgelehnt worden.

Wir nehmen an, daß das Landgericht, an welches die Sache zurückverwiesen wurde, die Aussöhnung vertritt, es handelt sich doch um Wucher.

Stellenvermittlung für Kriegsbeschädigte. Die vom preußischen Kriegsministerium herausgegebenen Anstellungsnachrichten werden vom 1. Juli an täglich erscheinen. Stellenangebote für Kriegsbeschädigte werden kostenfrei aufgenommen, wenn sie der Kriegsabteilung des Kriegsministeriums, Berlin W 9, Bellevuestraße 12a, zugehen. Die Zeitschrift wird sämtlichen Truppenteilen usw. zugestellt. Sie enthält gleichfalls kostenfrei Stellungsangaben von Kriegsbeschädigten. Bezug durch die Post für 2 M. vierteljährlich.

Höchstpreise für Bienenhonig. Durch Verordnung vom 28. Juni 1917 sind, um der Wiederkehr der vorjährigen Preisstrebereien vorzubeugen, den Wünschen der Bienenzüchter entsprechend, für Bienenhonig Höchstpreise festgesetzt worden. Sie betragen für Seim- und Preßhonig beim Verkauf durch den Erzeuger 1.75 M., bei allen andern Honigarten 2.75 M., beim Verkauf durch andre Personen, insbesondere durch den Handel, 2.50 M. und 3.50 M. für je ein Pfund, beim unmittelbaren Absatz vom Erzeuger an den Verbraucher in Mengen bis zu fünf Kilogramm betragen die Höchstpreise 2 M. und 3 M. Gleichzeitig sind alle Verträge über Honig, die zu höheren Preisen bereits abgeschlossen sind, für nichtig erklärt, soweit sie nicht schon erfüllt sind. Die Bestimmungen gelten sinngemäß auch für ausländischen Honig. Doch wird besonderen Härten durch die Auslassung von Ausnahmen, die der Reichszuckerstelle überlassen ist, vorgebeugt werden können, sofern im Eingangsbereich der Weiterverkauf des zu höheren Preisen erworbene ausländischen Honigs unter behördlicher Kontrolle oder unter Beobachtung anderer Vorschriften so erfolgt, daß eine Verweichung des inländischen und ausländischen Honigs mit Sicherheit vermieden wird.

Kein Süßstoff. Die Reichszuckerstelle hat den Kommunalverbänden mitgeteilt, daß eine Süßstoffauswaltung an die Gemeinden zur Zeit nicht möglich ist, da die zur Herstellung des Süßstoffes erforderlichen Grundstoffe dringend zu andern Zwecken gebraucht werden. Bis auf weiteres können daher die Gemeinden keine neuen Süßstoffmengen erhalten.

Soldaten zum Obstfeldlücken. Von den Generalkommandos ist Anweisung gegeben worden, Anträge, Mautkosten zum Obstfeldlücken in Fällen dringenden Bedarfs zur Verfügung zu stellen, zu entsprechen, soweit die dienstlichen Verhältnisse es irgendwie zulassen. Anträge auf Zuweisung von Soldaten sind bei den nächstgelegenen Generalkommandos einzureichen.

Die Bevölkerungsverhältnisse. Die Einwohnerzahl beträgt in Alt-Leipzig 102 178, in Neu-Leipzig 421 782, zusammen 523 960. In der Woche vom 10. bis 16. Juni wurden 101 Geburten geboren, darunter 46 männliche, 55 weibliche. Gefürbten wurden gezählt in der Woche vom 17. bis 23. Juni 94 männliche, 100 weibliche, zusammen 194, darunter befanden sich 15 Kinder unter einem Jahre. Als Todesursachen werden angegeben: Tuberkulose und Krankheiten der Atmungsorgane 54, Magen- und Darmkatarrh 11, Selbstmord 4, verunglückt sind 6 Personen.

ho. Erleichterte Einfuhr von Warenmustern. Die Einfuhr von Warenmustern ist durch eine Verfügung des Reichsministerrats für Aus- und Einfuhrbewilligung wesentlich erleichtert worden. Die Zollstellen sind ermächtigt, die Einfuhr von Gegenständen ohne besondere Einfuhrbewilligung zuzulassen, wenn die Gegenstände nachweislich dazu bestimmt sind, als Muster zur Ausführung von Preisverhandlungen ausländischer Händler zu dienen. Vorauflösung ist ferner, daß die Lieferung ohne Berechnung erfolgt.

Die Einschränkungen nehmen zu. Daß die Einschränkungen, wie wir stets bemerkt, eine Zunahme erfahren, geht aus dem Bericht für Monat Mai hervor. In diesem Monat wurden 1252 Einschränkungen gegen 942 im nämlichen Monate des Vorjahres gezaubt. In der Steigerung sind fast alle Bestattungen beteiligt. Berlin brachte es auf 170 gegen 118 im Vorjahr, Leipzig auf 100 gegen 88, Bremen auf 98, Dresden 81, Chemnitz 78, Hamburg 73, Gotha 57, Jüttau 48, Stuttgart 41, Henn 32, München 30, Mainz 29, Coburg 28, Gera 26, Wiesbaden 25, Mainzheim und Jüttau je 20, Offenbach 19, Alsfeld 18, Altenberg, Böhmen und Weimar je 15, Eisenach, Görlitz und Halle je 14, Braunschweig und Frankfurt a. M. 13, Danzig und Karlsruhe 11, Freiburg 10, Trier 9, Tettau, Hellberg und Sonnenberg je 8, Baden-Baden, Hellbronn und Meiningen 7, Tilsit 6, Darmstadt, Echingen und Crefeld je 5, Augsburg, Neutlingen und Ulm je 4, Göppingen, Greifswald, Hagen und Kiel 3, Friedberg und Pirna je 2. In 1918 oder 80 v. H. der Fälle fand eine religiöse Trauergesellschaft in der Bestattung statt. In sämtlichen deutschen Anstalten wurden bis jetzt 10225 Einschränkungen vorgenommen und damit die Zahl von 100000 im Mai überschritten.

Die Bibliothek des Städtischen Kunstmuseum ist, wie uns geschrieben wird, vom 1. Juli an bis auf weiteres nachmittags geschlossen.

Die Kriegerwitwe, welche wegen Vergehens gegen die Melde- vorschriften bestraft wurde, lädt und folgende Zuschrift:

Auch die 8 M., die Sie mir zusandten, nahm ich mit großer Freude entgegen und bitte Sie hiermit höflich, auch diesem edlen Geber meinen herzlichsten, innigsten Dank zu übermitteln.

Mit aller Hochachtung Frau Marie vertr. Richter.

Policeinachrichten.

Warnt vor Einbrechern in Trauerhäuser während des Begebustages. Schon wieder, wie in letzter Zeit öfter, haben sich Einbrecher die Abwesenheit Leidtragender zunehmend gemacht und haben in einer Wohnung im Osten Geld und Schmuckstücke im Gesamtwert von über 1400 M. geklaut. Es wird hiermit eindringlich gewarnt, in gleichen Fällen die Wohnung ohne jede Aufsicht zurückzulassen, man möge die Nachbarn zur Beobachtung veranlassen. Jede verdächtige Wahrnehmung, auch die geringste, wolle man sofort der Kriminalabteilung oder Polizeiwache melden.

Betrügerischer Schneideberghilfe. Auf eine Annonce hin hat sich zur Ansitzung von Herrenröcken und -hosen aus zugeschnittenem Stoff am 27. Juni bei einem Schneidermeister in L-Pagwitz, Karl-Heine-Straße, ein Mann gemeldet, der sich Schneider Gustav Lang genannt hat und Sebastian-Bach-Straße 2, Hof II, wohnen wollte. Als er am 28. Juni die fertigen Sachen nicht abholte, hat sich herausgestellt, daß der Schneidermeister einem Betrüger in die Fände gefallen war. Er wird beschrieben als etwa 25 Jahre alt, groß, hager, kräftliches Aussehen und macht den Eindruck eines

Eingangsraum mit starkem Husten. Vollbart und Haar blondgrau und hat weißen Strohhut getragen.

In Brand geraten war am 20. Juni, nachmittags, auf der Pöschling des Magdeburg-Thüringer Bahnhofs an der Berliner Straße das darauf gewachsene, dürr gewordene Gras. Funkenflug aus einer Lokomotive wird die Ursache gewesen sein. — In einem Fabrikgrundstück in der Naumburger Straße war am 20. Juni, ebenfalls gegen 11 Uhr, ein Aschegrubenbrand ausgebrochen. Beide Brände wurden durch die städtische Feuerwehr besiegt.

Strassenbahnunfall. Am 20. Juni ist auf dem Ullrichplatz eine 48 Jahre alte Fußgängerin aus Unachtsamkeit in einen Straßenbahngang hineingelaufen, umgerissen und ein Stück geschleift worden, wodurch sie Quetschwunden an einem Arm und Bein und einen Schulterknochenbruch erlitten hat. Sie ist ins Krankenhaus eingeliefert worden.

Kellerereinbruch. An der Gohliser Straße sind aus einem Keller eine Anzahl Gläser mit Gläsern, Ölflaschen und Kinderspielzeug, je drei Pfund enthaltend, und 8 Flaschen Wein im Gesamtwert von 220 M. gestohlen worden.

Blitzschläge. Bei dem am Sonnabend über unsrer Stadt niedergangenen Gewitter wurden Blitzschläge aus den Grundstücken Delitzscher Straße 7a, Alterstraße 21, Ehrensteinstraße 81 und Plochstraße 48 gemeldet. Im Grundstück Plochstraße 48 ist die Efeu zertrümmert worden, im Grundstück Delitzscher Straße 7a mußte der vom Blitz entfesselte Eisenlopf sofort von der Feuerwehr abgetragen werden. Menschen sind glücklicherweise bei den Einschlägen nicht zu Schaden gekommen.

Sturz aus dem Fenster. Am Grundstück Sophienstraße 22 stürzte ein 53-jähriger Fahrstuhlführer, als er von der Arbeit kommend an der Wohnung seiner Eltern aus deren Rückfahrt wortete, bei einem epileptischen Anfall aus einem Fenster des 3. Stockwerkes in den Hof. Er erlitt außer schweren Kopfverletzungen einen Oberhalsbruch und wurde mit dem Rettungswagen des Samaritervereins sofort in das Krankenhaus überführt.

Ueber den Fuß geschoren. Am 20. Juni ist eine auf der Fahrbahn der Mariannenstraße sich mit mehreren Frauen unterhaltende, kurzäugige 22-jährige Arbeiterin durch einen schwerbeladenen Handwagen umgerissen und durch ein Rad am linken Fuß derart verletzt worden, daß sie nach ihrer Wohnung gebracht werden mußte.

Quittung.

An freiwilligen Beiträgen zur Agitation für die U. S. P. D. gingen beim Bezirkssekretariat ein:

Paul, Beihilfe für Stockholm 5 M.
Ein Krüppel, als Beitrag 1
Soldat E. R. Schrörs, Parteisekretär.

Sächsische Angelegenheiten.

Im Kohlenbergwerk.

Eine eigenartige Exkursion unternahmen am letzten Freitag die Mitglieder der Zwölfer vom Kammer des Landtags. Sie folgten einer Einladung des Bergbauvereins für Zwickau und Lugau-Oelsnitz, um „in die Grube zu fahren“ und ein Kohlenbergwerk im Zwölfer Revier zu besichtigen. Der glühend heiße Tag möchte die Reise nicht gerade angenehm, zumal das Eisenbahnunglück in Blöba auch noch ein lästiges Umsteigen und eine zweistündige Verzögerung der Ankunft der von Dresden kommenden Kommanden mit sich brachte. Besichtigt wurde der Tiefbau schacht in Scheibenberg, der in etwa 20 Minuten „Straßendorfshöhe“ vom Bahnhof Zwickau erreicht wird. Bald nach der Ankunft sammelten sich die Abgeordneten vor dem Einfahrtsbau, nachdem sie vorher die erforderliche Umwandlung des äußeren Menschen durch Anlegen von Bergmannsärmeln vorgenommen hatten. Drollig genug, und kaum wieder zu erkennen jahre manche in dieser schwatzen Bergarbeiterkleidung aus. Mit einem Strickstock versehen und mit Grubenlampe ausgerüstet, ging es folownweise in die Tiefe. In einem Fahrstuhl standen eng beieinander je sechs Männer, einschließlich des Führers. Bald war man in dem zu besichtigenden Stollenlabyrinth in 500 Meter Tiefe angelangt (die ganze Tiefe dieses Schachtes beträgt gegen 700 Meter), wo zunächst die Ventilationseinrichtung erklärt wurde. Ein Ventilator zwinge ständig die schlechte Luft heraus, die durch den Zustrom frischer ersetzt wird. Der Hauptluftschacht ist mit starken eisernen Doppeltüren versehen, bei deren Öffnen die Bewegung des Zustroms sturmwindartig empfunden wird. Dann ging es in einem weiten, bequem zu begehenden ausgemauerten Stollen vorwärts den Arbeitsorten zu. Es sind gegen 800 Menschen in diesem Schacht beschäftigt, und man wundert sich, so verhältnismäßig wenig Arbeiter auf weiten Strecken anzutreffen. Das gibt einen Begriff von der kolossalen Ausdehnung dieser Kreuz- und Quergänge. An den Hauptorten ließen die Stollen strahlensförmig zusammen. Enger und unbequemer werden die Gänge, nur geknüpft ist das Gehen möglich, die Stollen sind nicht mehr gemauert, sondern mit Holz verschallt und durch starke Pfosten und Querbalken gegen das Herausbrechen der Decke und der Seitenwände gesichert. Diese Verbauung (Zimmerung) bildet einen der wichtigsten Bestandteile der Grubenarbeit, die erst ein sicheres Arbeiten ermöglicht. Der Holzverbrauch ist enorm. Bob der Bergbauverein im Jahre 1916 doch z. B. das für 100 000 M. auf. Daraus ergibt sich auch, daß elmaiger Holzmangel für die nötige Kohlenförderung von den allergrößten Bedeutung ist. Sehr wichtig ist auch das sogenannte Versetzen der Stollen, wo die Kohle herausgenommen ist. Die obere Erd- und Gesteinschicht drückt natürlich stark auf diese Stellen, wodurch die bekannten Senkungsgebiete der Erdoberfläche entstehen, wie sie in Sachsen in besonders charakteristischer Weise im Hohndorfer Bezirk zu finden sind. Die Bergbauunternehmer sind zum Erz durch entstehenden Schaden verpflichtet und sie müssen schon aus diesem Grunde bestrebt sein, solche Schäden möglichst zu vermeiden. Deshalb werden die Löcher, die durch Gewinnung der Kohle entstehen, wieder fest mit einer andern Masse angelopst. Das geschieht durch die „Bergverfestigung“, indem man das im Innern ausgegrabene Erdreich und Steinmassen dazu verwendet. Das Verfahren ist jedoch nicht rationell genug, das Material reicht nicht aus. Außerdem wendet man das System des „Spülversages“ an. Durch starke Nlöhen wird grobkörniger Sand mit Wasser und Hartem Druck in die Stollen hineingespritzt. Der Sand wird oben über Tage mit dem Wasser durch besondere Vorrichtungen eingeschüttet. Diese Sandwasserabläufe laufen nun noch allen den Stollen, wo „versetzt“ werden muß. In Zwickau ist das Versetzen sehr kostspielig, weil der Sand in Eisenbahnzügen weit herangeholt werden muß.

Die Art der Kohlengewinnung ist bekannt. Gest denkt man dazu auch soweit wie möglich Bohr- und Stochmaschinen, die mit Preßluft bewegt werden und die Kohle losbrechen. Das Losbrechen mit der Hand wird auf diese Weise stark vermindert. Das Verfahren ist jedoch nicht überall anwendbar. Auch die „Hunde“, die die Kohle von der Arbeitsstelle nach dem Förderbachtal bringen, werden von Preßluftlokomotiven gezogen; etwa 40 der kleinen Wagen sind einer solchen angehängt. Die Kohle ist im Zwickauer Gebiet nicht gleichmäßig gelagert. Ost hört ganz plötzlich die Ader auf und nun muß auf einer andern Stelle weiter gesucht werden. Hier kommt den Ingenieuren und Geologen eine wichtige Arbeit zu. Denn großes Fehlgehen bei dem Aufsuchen neuer Adern (Flöze) verursacht unnötige Kosten und verteuert den Betrieb. Auch liegen die Flöze nicht waggerlich, sondern meist schräg, so daß die Stollen in dieser Lage eingetrieben werden müssen. — Die Arbeiter verrichten ihre Tätigkeit nacht, nur mit einer Hose bekleidet. In dieser Tiefe herrscht eine Temperatur von etwa 25 Grad Wärme, die Eile nimmt aber bekanntlich mit der Tiefe zu, und es gibt ja Schächte, in denen noch über 1000 Meter unter der Erdoberfläche

Kohlen gewonnen werden. Der Schacht der Gewerkschaft Morgenstern wird mit seinen 1082 Metern als der tiefste Kohlen schacht der Erde bezeichnet. Die einzelnen Flöze sind nicht nur durch lange Gänge mit dem Hauptort, sondern auch durch sogenannte Querschläge untereinander verbunden. An den Hauptstellen erleichtert Richtungsschilder mit Namen die Orientierung. Über den Türen ist es trotzdem schwer, sich vorzustellen, wie sich die Menschen hier unten zurechtfinden vermögen.

Alle diese Einrichtungen und Vorgänge werden an dazu geeigneten Stellen von den Führern der einzelnen Kolonnen erklärt und aus alle Fragen bereitwillig und erfreulich Auskunft gegeben. Sind die Zwölfer Gruben auch lange nicht so bedeutend, wie etwa die in Westfalen und Oberösterreich, so gibt ein Einblick in ihren Betrieb doch immerhin ein recht anschauliches Bild dieses Schaffens unter der Erde, das gerade gegenwärtig in seiner gewaltigen Bedeutung für die Wirtschaft des Lebens so recht erkannt wird. Das war der Eindruck, den man hatte, als einen der Fahrtwagen mit der Luft des Tages hinaufschaffte, wo ein reizendes und erfrischendes Bad das gute Ende der Besichtigung brachte.

Ein Teil der Abgeordneten bestiegte nur die Werksanlagen über Tage.

Torsteuerung.

Aus Georgensfeld im Erzgebirge, aus der Geising-Altenberger Gegend, wird berichtet: Wie man hört, wird vom Staat beabsichtigt, die in unserm Hochmoor in der Gegend des Zugsteins vorhandenen bedeutenden Torfläger abzubauen, um bei der Kohlenknappheit Heuerungsmaterial zu gewinnen. Die Staatsregierung hat die einsetzenden Schritte wegen Übernahme der in Privathand befindlichen Felder in Staatsbesitz getan. Torf war früher in unserer Gegend auch das einzige Feuerungsmittel und ist jetzt durch die Kohle verdrängt worden. In der Nähe der Salzgrotte bei Altenberg ist Jahrhundertelang Torf gestochen worden und in unseren Hügeln gewinnt auch jetzt noch mancher Feldbesitzer auf seinem Grundstück Torf als Aufschluß zu seiner Wintersteuerung. Wenn die Angelegenheit durch eine Aufbereitungslage schnell geprägt wird, so könnte die Torfsgewinnung für den kommenden Winterbedarf von großer Wichtigkeit für unsre Gegend sein.

Wiedergenreuer.

In Sachsen macht die Einführung der Sondersteuer für Edigei Fortschritte. Nachdem den kleinen Städten Oschatz und Reichenbach Leipzig gefolgt ist, das bekanntlich ein Gesuch an die Regierung zur Einführung der Steuer für das Land gemacht hat, wollen nun auch andre Städte an die Einführung der genannten Steuer gehen. So hat sich die Stadtvertretung in Bautzen mehrfach mit der Einführung der Sondersteuer beschäftigt. Der Plan für die städtische Steuer war schon in Einzelheiten ausgearbeitet, da kamen den Bauzonen Bedenken, ob es richtig sei, die Steuer gar nur in einzelnen Stadtbezirken, wie es dort geplant war, einzuführen; sie ließen den Plan fallen und beschlossen, sich der Leipziger Petition anzuschließen und die Regierung um Einführung der Sondersteuer für das ganze Land zu ersuchen.

M. Chemnitz. Den Arbeitsgenossen im Buchthause er stachen! Wegen Totschlags hatte sich vor dem Schwurgericht der Böttcher Max Fleck zu verantworten, der zur Zeit im Buchthause zu Waldheim eine Gesamtstraße von sechs Jahren drei Monaten verbrühte, die ihm das Leipziger Gericht auferlegte. Die Verhandlung begann mit Schwierigkeiten, weil sich der Angeklagte weigerte, in den Verhandlungssaal zu kommen, er wurde schließlich hineingetragen und, da er nicht auf den Balken legen blieb, auf eine Matratze zu einer Erde gelegt. Zwei Kerige erklärten das Verhalten des Angeklagten, der auch kein Wort sprach, für Simulation und hielten ihn für verhandlungsfähig. Die Anklage beschuldigte Fleck, am 1. Mai nach vorausgegangenem Streite den ebenfalls in der Strafanstalt befindlichen Anton Richter, genannt Löffler, mit Vorsatz, aber ohne Leberlegung getötet zu haben. Auf dem Abort hat sich der grausame Vorgang abgespielt. Dort sind die beiden zusammengetroffen, nachdem sie vorher wegen des Mittagessens Streit gehabt hatten. Fleck hatte M. bedingt gemeldet und dieser hatte G. angerufen: Na, warte nur! Nach ist sich! Richter soll nun Fleck auf dem Abort angegriffen und am Halse zu wirken versucht haben. Fleck hat, um sich der Angriffe zu erwehren, auf diesen mit seinem Arbeitsmesser gestochen und ihm sieben Stiche veretzt, wovon zwei, je einer ins Herz und die Halschlagader, tödlich gewirkt haben. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten nur der Körperverletzung mit tödlichem Ausgänge schuldig. Auf sechs Jahre Buchthaus und fünf Jahre Ehrenrechtsverlust lautete das Urteil.

Plauen. Rund 31 Millionen Mark hat die Stadt Plauen bis Ende März d. J. für Kriegszwecke (Unterstützung von Kriegerfamilien und Erwerbslose usw.) verbraucht. Von dieser Summe werden 15 Millionen Mark vom Reich und vom Staat übertragen. Zur Besteckung weiterer Ausgaben sind in der Stadtverordnetenversammlung erneut 8 Millionen Mark willig gewillt worden.

Um Kohlen zu sparen, ist auch hier die öffentliche Beleuchtung der Straßen und Plätze mit Gas bis auf weiteres eingestellt worden. Zwickau. Ein aufregender Vorfall spielte sich beim Begräbnis einer Frau Hefner in der Niedervorstadt ab. Das Haus, in dem die Leiche abzuholen war, ist durch den harten vorbeifahrenden Woberbach von der Hauptstraße getrennt. Die Brücke, die über den Bach vom Hause führt, war schon längere Zeit morsch. Als nun die Tore mit dem Torge und die nächsten Unterwänden Raum über die Brücke waren und die Leiche in den Leichenwagen verladen wurde, sammelte sich eine größere Zahl Leidtragender auf der Brücke an, die infolge der großen Last zusammenbrach. Gegen 20 Personen stürzten in den glücklicherweise nicht hoch angehöhlten Bach und klammerten sich an die zerbrochenen Holzbalken und Latte der Brücke. Der Unfall ist im großen und ganzen, da schnell Hilfe zur Hand war, noch glimpflich ausgefallen, denn die Verlegungen, die von einzelnen davongetragen wurden, sind durchweg leicht.

Aleine Nachrichten aus dem Lande. In der Nähe des Staatsbahnhofs von Zwickau an der Bahnstrecke Werdau-Waida wurde der zweijährige Heinz Schreiber vom Juge überfahren und auf

Aus der Reichshauptstadt.

Der Gemüsewucher in höchster Blüte.

Man schreibt der Presse: Was in manchen Kreisen von vornherein befürchtet wurde, ist eingetreten. Der Gemüsewucher steht auch in diesem Sommer, genau wie im Vorjahr, wieder in vollster Blüte. Alle Hoffnungen, die in den Kreisen der Verbraucher an die langerhand vorbereitete Regelung der Gemüseversorgung gefasst wurden, haben sich als trügerisch erwiesen. In Berlin wurden am Donnerstag beispielhaft Kohlrabi die Mandel zum Preise von 6 Pfund verkaufst, nachdem die Verbraucher wochenlang unter dem hohen Preise von 2.50 bis 2.75 M. gelitten hatten. Grüne Bohnen kosteten 5 M. das Pfund und bei Mohrleben wurden für ein kleines Pfund 2.50 M. fordert und bezahlt. Das sind Preise, die es minderbelehrte Familien völlig unmöglich machen, von dem so lange ersehnten jungen Gemüse Gebrauch zu machen. Dieser Wucher fällt ganz besonders schwer ins Gewicht in der gegenwärtigen Zeit der Brotknappheit und des starken Kartoffelmangels. Es kommt hinzu, dass Gemüse nur sehr schwer zu erhalten ist, weil in vielen Geschäften auch weiterhin die Sire herrscht, die erhaltenen Mengen für ihre „Kunden“, das heißt für Besitzer, die jeden Preis zu zahlen bereit sind, aufzubauen. Auskundschaften sind diese Zustände ganz allein wiederum auf das völlige Verlagen der Aufsicht über den Kleinhandel und der Bekämpfung des Wuchers durch die zuständigen Stellen. Gewisse Gemeindebehörden glauben noch immer, mit der Festlegung von Preisen und einem möglichst großen Aufwand von Verfüllungen die Lebensmittelversorgung regeln zu können, obwohl längst diese Art der Regelung als eine zwecklose Papierverschwendungsweise erwiesen hat. Die Preisprüfungsstelle Groß-Berlin gibt jedoch bekannt, ihre Aufsichtsbeamten hätten teilweise festgestellt, dass die Versiegung über die Ausstellung von Schlusscheinen im Obst- und Gemüsehandel nicht überall erfolgt wird. Diese Aufsichtsbeamten, von deren Tätigkeit man bei dieser Gelegenheit wohl zum erstenmal etwas erfährt, hätten auch feststellen können, dass zahllose Kleinhaber die Einrichtung des Schlusscheins überhaupt nicht einmal kennen.

Die Lebensmittelrationen. In den Groß-Berliner Gemeinden kommen in dieser Woche wie bisher 1000 Gramm Brot, 250 Gramm Fleisch auf die Meißnische Karte, 250 Gramm Fleisch auf die Kommunale Fleischkarte und 80 Gramm Butter zur Ausgabe.

Der Woch in der Malerstraße. Der wegen Ermordung der Kohlenhändlerin Auguste Kühne angeklagte 22jährige Kohlenhändler Potratow aus Kalisch wurde vom Schwurgericht wegen Totschlags, begangen, um sich der Ergreifung auf frischer Tat zu entziehen, in Totenholt mit schwerem Strafe zu lebenslänglich im Zuchthaus verurteilt.

Aus der Umgebung Leipzigs.

Engelsdorf. Lebensmittelverkauf. Den hiesigen Händlern sind durch die Gemeinde zum Kleinverkauf überwiesen worden: Eier (2 Stück auf den Kopf), Karmelade, Honig, Heringe in Büchsen, kondensierte Milch.

Taucha. Städtische Lebensmittelversorgung. In dieser Woche wird als Erstes für Kartoffeln Roggennehl gewährt. Die Menge beträgt nach der Anordnung der Reichsgetreidestelle 250 Gramm für fünf Pfund Kartoffeln. Die Ausgabe des Mehls erfolgt Montag, den 2. Juli, nachmittags von 5-8 Uhr. Die Kartoffelkarten sind mitzubringen. Auf Kundenliste wird verteilt: Fruchtmarmelade, für jeden Haushaltungsausdringen ein Pfund zum Preise von 80 Pf. Dem Konsumverein und den Kaufleuten ist je ein Posten Kaffeemischung und Waschpulver zugewiesen worden. Davon erhält, soweit der Vorrat reicht, jede Haushaltung ein Päckchen.

Leutzsch. Lebensmittelverkauf. Für die erste Juliwoche kommen folgende Lebensmittel zur Verteilung: Auf Nahrgangmittelfolie Nr. 18 eine Büchse Vollmilch mit Butter zum Preise von 1.55 M., eine Büchse Magermilch mit Butter für 1.25 M. oder eine Flasche kondensierte Milch für 1.25 M. Die Auswahl gilt nur, so lange der Vorrat reicht. Auf Karte Nr. 17 gibt es ½ Pfund Maisstärke für 8 Pf., und ½ Pfund Erbsensuppe für 11 Pf., auf Nr. 18 ½ Pfund Gruppen für 8 Pf., auf Nr. 19 ½ Pfund Haferflocken für 11 Pf. als Erstes für fehlende Kartoffeln. Auf die Zeit vom 2. bis 8. Juli werden 2 Pfund Kartoffeln und 210 Gramm Mehl verabreicht. Bei Entnahme der Kartoffeln wird Kartoffelmarke Nr. 5 gestempelt und bei Entnahme des Mehls abgeschaut. Das Mehl wird also erst nach den Kartoffeln verabreicht.

Marktstädt. Dienstag, den 3. Juli, erfolgt in den Verkaufsstellen von Möder, Gutjahr, Auersbach, Steinbauer, Weigert, Graßer

und im Konsumverein eine weitere Abgabe von Braunkohle konsernen mit etwa einem Pfund für die Person. Die Ausgabe erfolgt in 3.5-Pfund-Dosen zu 1.70 M., bei pfundweisem Auswiegeln mit 80 Pf. für das Pfund.

Schleußig. Aus dem Gemeindeparlament. Der Magistrat fordert in einer Vorlage die Erhöhung des elektrischen Strompreises für Gasabnehmer. Bisher zahlten die Unternehmer 18 Pf. pro Kilowattstunde und nun sollen sie 20 Pf. zahlen. Diese Selbstverständlichkeit brachte Herrn Schmid auf den Plan. Er hat im Hinausdehnung der Erhöhung. Es führen Munitionsfabriken in Frage, die nicht viel verdienen. Dieser Freitum veranlasste Geistlichen Sämtliche, zu sagen, dass gerade die Fabrikation sehr hohe Kriegsgewinne abwerfe. Es sei notwendig, dass die Erhöhung sofort, und zwar mit dem 1. Juli in Kraft trete. Dementsprechend wurde beschlossen. Bürgermeister Schmidt machte noch interessante Mitteilungen über die spätere Verpflegung der Einwohnerschaft mit Energie. Die Stadt habe einen vorläufigen Vertrag mit der Grube in Gröbers abgeschlossen, der eine Herabsetzung des Preises ermögliche. Als die Gemeinderatsversammlung der Angehörigen der Kriegsteilnehmer wurden weitere 50.000 M. bewilligt.

Vor Schluss der öffentlichen Sitzung interpellierte Genosse Sämtlich den Magistrat über die Zustände beim Kohlenverkauf auf dem Bahnhofe. Erneut bat er um Auskunft über die Kohlenversorgung der Einwohner. Er verlangt, dass die Händler verauslacht werden, die Kohlen nach ihrem Gehalt zu führen und dann nach der Nummer der Ausweisdarre abzugeben. Diese Ausführungen veranlassten die Herren Kind, Höltig und den Bürgermeister zu längeren Erörterungen. Lehrling führte aus, dass man von der Stadt nichts untersucht gehabt habe, um diese Frage zu lösen. So hat die Verwaltung fast über die gesamte Produktion der nahegelegenen Gruben mit dem Klärverein Grube Gröbers abgeschlossen. Nur mangelt es immer an Fuhrwerk.

An der hierauf folgenden nichtöffentlichen Sitzung wurde der Bürgermeister Schmidt, dessen Amtsperiode am 1. April 1918 abläuft, auf weitere zwölf Jahre mit einem Gehalt von 7200 M. und 800 M. Mietentschädigung wiedergewählt.

Volkshaus Spezialgerichte für heute: Nudeln mit Rindfleisch. — Rotkraut mit Makaroni. Dienstag mittags und abends (festlos): Weiss Bohnen. Spiegeleier mit verschiedenem Salat.

Das gute Getränk Bier.

Städtische Theater in Leipzig.

Neues Theater.

Montag, den 2. Juli 1917

154. Uraufführung (2. Vorst., rot):

Der Froschkönig.

Romantische Oper in 4 Akten von Friedrich Künz.

Musik von C. W. von Beethoven.

Stoffbeschreibung: Rosalie, Vorst. Schönheit: Operettetänzerin; Schauspielerin: Sophie Sablon, Emil Herbolzheim, Gustav Möller, Wolf Giese Schulz, Dornburg, Ernst Wacker, Max Jäger, Eugen Böker, Hans Müller, Rudolf Kaiser, Hedwig Borchard, Maria Krause, Opern-Preise, Anfang 7½ Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

Altes Theater.

Chauspielserien

die einschließlich 24. Juli.

Neues Operetten-Theater.

Montag, den 2. Juli 1917

155. Uraufführung (2. Vorst.).

Wiener Blut.

Operette in 3 Akten von Victor von den und Leo Stein, Musik von Johann Strauß, für die Bildnertheater von Adolf Müller jun., Musikleitung: Adolf Müller, Bildnertheater. Bildnerleitung: Spielzeit: 1917. Mitwirkende: Ludwika Habicht, Eduard Weber, Margarete Ahrens, Josef Trautmann, Irma Marbach, Adolf Högl, Aug. Glööm, Marie Gubert, Oskar Weigle.

Böhmische Preise, Anfang 8 Uhr, Ende gegen 10½ Uhr.

Die Zugstufen im Neuen und Operetten-Theater sind von 10-2 Uhr geöffnet.

Battenberg

Monat Juli 1917

Täglich abends 8.10 Uhr

= Neu =
für
Leipzig.
Die tolle Komtesse
Glänzende Ausstattung.
Operette in 3 Akten. Musik von Walter Kollo.

Karten-Verkauf im Restaurant Battenberg von 10 bis 2 Uhr und bei F. Stein, Markt 16.

Kristall-Palast

Theater. Feuerz. 201.

Monat Juli Gastspiel der beliebten Winter-Tymian-Herren-Gesellschaft mit neuen glänzenden Schlagern.

Anfang 8½ Uhr. Gewöhnl. Preise. Dutzendkarten 5.80 M.

Bäckereien, Konditoreien

Allr. Thelle, L. Reck, Carlis, G. Ganz, St.

E. Zenzel, N. Schmidfeld, Nestlé & St. 4

Bohrungsmanns-, Sägen-

Mattbäck, 29

Telephone 4411

Pietätz

Mattbäckstr. 28

Tel. 532 und 14015.

Gehr-Reiche

Lü, St. 48, Büro, St. 88.

Herrneder, Delikat, Reinigung

H. Oldig, Büdste, 2

J. C. Schwartz, Büdste 50, G. 1796.

Bildereinrahmungen

Oswald Klempler, Torgauerstr. 40 a

Guarrenhandlungen

Osk. Pöhler, Ellenschenstr. 28.

Drogen, Farben

Richard Helmold, Dufourstr. 24.

M. Springer Nachf., 14, Ganz. St. 37

Brötterte, Kohlen

Ferd. Grabs, N., Tauchaer Str. 29

Herrn. Haferkorn & Co., Plagwitz,

W. Staudt, Vo., Büdste 21, Kirche 98

Herrn. Vogler, Sophienstr. 40.

Eisen- u. Stahlwaren

Haasstels & Kirchhof, Büdste 22.

Kleinig & Blasberg, Str. 67.

Alwin Richter, Dresdenstr. 26,

Ernst Richter, Büdste 22.

Eduard Sanda, Nürnberg, Str. 9.

A. Wink, M., Hallesche Str. 112.

Fahrzeuge

Gebr. Reiche, Zschöchersche Str.

Haus- und Küchengeräte

Anna Stamm, Zeitzerstr. 11.

Koffer, Ledergüter

K. Blaich, Windmühlenstr. 22, Tauchaer Str. 11.

Bezugsquellen-Verzeichnis

Erscheint wöchentlich dreimal.

Automaten-Restaurants

Färberaten, Wascherien

Hugo Lüders, Telefon 33-240.

Hugo Luckner

Laden in allen Stadtteilen.

für Teppichreinigung,

Portieren, Gardinen, Ged.

Metallwaren

Herrn. Pontius, Go., Hall. Str. 106,

C. F. Gabriele, E. Reichert, u. Golding

Kolonialwaren

Otto Brücklein, Südst. 67.

H. Dietrich, Boll., Wurzenerstr. 30.

Paul Ketschen, Käsch., Allee 15.

Osw. Mahling, L., Aurelienstr. 22.

C. W. Möbius Nachf., Nürnberg, Str. 42.

E. Müller, L., Siemeringstr. 2.

Thomasmühle

Möhlband, Kolonialw.

Ranft, Büdste 21.

Rebet 50, Wohnungsm. Ges.

Photograph. Artikel

Gebr. Grundmann, Burgstraße 15.

Postautomat

Goldener Hirsch

Postautomat

Möbelkaren

Jos. Fritsch, Kiz., Wigandstr. 22.

A. Frenzel, Brandvverw. 40.

Wilh. Herber, En., Delitzscherstr. 118

Senet, Str. 4.

Tel. 1224.

Möbelfabrikate

Otto Weyhmann

Möbelbau, Marktheberg

II. Wolzen- und Roggenmehl.

Uhren, Goldwaren

Otto Zechner, Auf. Hall. Str. 155

Vereinigungen

Paul Vieweg, Bell., Wurzenerstr. 154.

Gewilletton

Montag, 2. Juli 1917

Paul Brondhorst.

74] Roman von Levin Schücking.

Seitdem war freilich Paul Brondhorst klar geworden, ein wie reiches Gejähle lebte sich in diesem Mädelchenherzen berge. Es hatte ihn überschüttet mit seinen wärmsten Ergüssen; es hatte ihm selig gemacht dadurch. Aber auch Leonie selbst hatte nur die Schläge des Gejähles lebens empfunden, indem sie sich ihm sorglos hingegessen. Es war ihr gewesen, als seien alle guten Geister des Daseins in ihre Brust eingezogen, um für immer da zu wohnen. Leonie hatte nur Glück und immer nur Glück gelaut!

Und nun plötzlich dieser zerschmetternde Schlag, diese Rille von Schmerz und Wehe, die sie überkrümmt! Sie hatte nicht allein das Glück ihrer Liebe verloren, sie hatte sich und ihr ganzes Sein entniedrigt, weil sie es an einen Unwirksamen verschwendet. Sie hatte nicht allein sich verirrt, sie hatte eine schwer Schuld auf sich geladen; sie hatte Pauls entzückende Veldenhaft genährt; sie war mitschuldig an dem Morde eines Unglücks — ein Teil der Blutschuld lastete auf ihrem Haupte!

Es gab für Leonie keinen Trost. Am wenigsten konnten ihn diejenigen ihr bieten, die sie umgaben. Auf den Gesichtern Antoinas und Kandermanns las sie nichts als kalte, feindselige Beobachtung. Von den Lippen ihres Hofrichters, der der *la Croix*, vernahm sie nichts als aufgemeselte Niederschriften; bei ihrem Vater stand sie wohl lieblosen Zuspruch, der jedoch mit eisfrohen Borewolken viel zu sehr gemischt war, als daß er sie irgend hätte aufrichten könnte. Nur bei dem alten Wund, von dem Graf Antoine redete, hatte sie in den letzten Tagen etwas gefunden, was ihrem dumpfen Sinnen wie eine Wohltat gewesen war. Er hatte sie nicht aufgefucht. Sie war durch einen Zufall ihm im Schloßgarten begegnet; er hatte ihr von Gott gesprochen und von der Borsehung; sie hatte zum erstenmal wieder mit Teilnahme und Spannung den Worten eines Dritten gesauscht. Seit diesem Augenblick hatte sie ihn täglich besucht; in seiner stillen Zelle im verlorenen Teile der Gebäude verborgen, war es ihr, als löse sie anstatuen, als bleibe ein Teil der Last, die auf ihr ruhte, vor dieser Schwelle zurück!

Leonie hatte jetzt lange Zeit neben dem Herzog gesessen, das Haupt auf den Schenkel ihres Vaters gelegt. Der Herzog hatte schweigend ihren Scheitel gestreichelt und dann, die Arme verschränkt, darüber nachgedacht, ob er nicht sich richten sollte, fortzuziehen und sein Kind, zurückzuführen in ein bewegteres Weltleben, auf daß die Verstreungen derselben sie ihm heilten, als eilig Pierre entzai und meldete, der Hofrichter sei im Vorzimmer und wünsche dringend Audienz.

Ach, verschont mich, antwortete der Herzog sehr unwillig — ich will nichts hören vom Hofrichter!

Es sei sehr wichtig und eilig, Durchlaucht!

Doch nichts von dieser verzweifelten Untersuchung?

Pierre zuckte die Achseln.

Sagt ihm, von der Untersuchung wolle ich heute nichts hören; sonst mag er kommen.

Der Hofrichter trat ein; er trat sehr hastig, sehr unzeremoniös und sehr aufgeregzt ein; sein volles, rundes Gesicht glühte.

Was habt Ihr, Kandermann? fragte der Herzog, ihn mit einem matten Blick streichend; Ihr seid ja sehr eilig, mich mit Euren Geschäften zu belästern.

Durchlaucht, versetzte der Hofrichter, ich komme, zu vermelden, daß ich in der Unternehmungslage wider...

Nichtig! da haben wir's! in der Unternehmungslage! Habe ich Euch nicht befehlen lassen...

Durchlaucht hielten an Gnaden — es ist etwas ganz Außerordentliches, ein gar nicht vorheranschreender Ausidenzfall...

In diesem Augenblick öffnete Pierre noch einmal die Tür, und zwar, um unangemeldet den Grafen Antoine einzulassen.

Graf Antoine verbogte sich vor seinem Chein, der ihm mit der Hand einen Gruß winkte, und vor Leonie, die viel zu gespannt in die Höhe des Hofrichters blickte, um Antoine's Begrüßung zu erwider.

Horchten Sie zu, Antoine, Herrn Kandermann brüstet eine Geschichte das Herz ab, sagte der Herzog.

Hoffentlich nicht wieder eine Patronengeschichte! erwiderte Graf Antoine mit maliziösem Lächeln, indem er sich ein Taburet herbeizog und Leonie gegenüber an der andern Seite des Kamins Platz nahm.

Keine Patronengeschichte — sagte der Hofrichter, dem sein Stich geboten wurde — wie der Herr Graf sich ausdrücklich bestiegen; etwas ganz Neues, was uns endlich völlig und alle Zweifel verheischendes Licht bringt. Ihr ehemaliger Geheimsekretär, Durchlaucht, ist der Sohn des Barons Schleitendorf!

Ah bah! rief der Herzog aus.

Der Sohn des Barons Schleitendorf? Wie hängt das zusammen? fuhr Graf Antoine auf.

Es ist so, wie ich sage. Und zwar sein legitimer, aus rechter Ehe geborener, ältester Sohn!

Hofrichter! sagte Antoine lebhaft und aufspringend — es ist doch wieder eine Patronengeschichte! Es ist irgendeine einsätzige Erfindung, um Abstand in den Gang der Untersuchung einzutreten und in die klare Sache Verwirrung zu bringen!

Und dabei lehnte sich Graf Antoine mit dem Rücken an den Kaminsims, um die Arme über der Brust verschränkt, den Hofrichter mit einem Blick seiner grauen, glanzlosen und etwas ungesteten Augen zu fixieren.

So lassen Sie ihn doch reden, Antoine, fiel der Herzog ein. Erzählt und die Geschichte, Kandermann!

Die Enthüllung ist zuerst durch einen alten Bauer, einen Schulzen Werdeloping, gemacht worden...

Werdeleping — Werdeleping — murmelte der Herzog nachdenkend; dann fuhr er aber plötzlich auf: Kandermann — dann ist die Geschichte wahr! Ich kenne Monsieur Werdeleping. Erinnert du dich Leonie, des brutalen Bauern — der dir die Milch abschlägt? Wahrhaftig, dieser Mensch ist zu grob, um zu lügen!

Durchlaucht, er hat die Sache beschworen. Einen falschen Eid schwört ein westfälischer Wehrfester nicht, er mag nun grob oder nicht grob sein...

Was hat er denn beschworen? fiel Antoine hier ein, dessen Allge einen unheimlichen Ausdruck von verbissinem Groll annahmen.

Doch, hub der Hofrichter mit erhobener Stimme an, wie jemand, der weiß, daß seine Worte ihres Kindes nicht verschleißen werden, daß der Baron Schleitendorf in erster Ehe vermählt gewesen mit einem Fräulein Helene Marie von Eggenrode, aus einer nicht zu den stiftsäischen Geschlechtern des Landes gehörenden Familie. Das aus dieser Ehe, die übrigens keineswegs ein Geheimnis war, denn alle Leute, die den Baron in jener Zeit kannten, wußten damals darum — daß aus dieser Ehe ein Sohn geboren, des Namens Paul Valerian Ulrich; daß der Vater der ersten Frau Schleitendorfs, der alte Eggenrode, diesen Sohn sequestriert, seinem Erzeuger vorenthalten, für tot ausgegeben und bestellt habe; daß er denselben ihm, dem Kolonus Werdeleping, habe zum Aufzählen übergeben...

Aber wozu, weshalb denn? Iahr der Herzog dazwischen,

Weckhalb, fragen Durchlaucht? Aus Lust und Zorn. Aus Erbitterung, weil die Schleitendorfschen dieses Kind nicht haben als vollblütigen Erben, als Erbfolger in die Stammlinie vertrachten wollen. Weil Zorn, Streit und Hader unter ihnen, unter den Schleitendorfschen und Eggenrode ausgebrochen war. Weil die Tochter Eggenrode, die junge Frau Schleitendorfs, sehr bald das Opfer dieser Herwirknisse wurde. Weil Eggenrode nun vollends sich von Schmerz und Wit gestrahlt fühlte. Weil es ihm das Herz abgeschnitten hätte, hätte er nicht irgend etwas tun können, was ihn rächte, was Vergeltung war für den Verlust seiner einzigen Tochter. Darum unterdrückt er dem Vater seinen Sohn und ließ ihn aufsitzen in Verborgenheit und Dunkel. Rener Bauer, Werdeleping, war der einzige, der im Geheimnis, denn ihm war der Knabe übergeben.

Wein Gott, welche Geschichten, welche Menschen! sagte Herzog Gaston.

Später freilich wollte den alten Mann so etwas wie Neu über seine Tat anwandeln; aber in seinem Entschluß, in dem, was er einmal begonnen, konnte ihn auch die Neue nicht irremachen; nur soviel war über ihm zu gewinnen, daß er einige Jahre nachher, in seiner letzten Lebenszeit, dem Schulzen Werdeleping befaßt, sobald ein Tag komme, wo das Geschlecht der Schleitendorf ohne einen vollblütigen Erben sei, solle er, der Bauer, vor den Baron treten und ihm die Sach' entthilten; auch größerer Sicherheit wegen vor dem Richter sie erklären. Um aber für einen solchen Fall ein vollständiges Zeugnis zu hinterlassen, hat Eggenrode den Notar Moorhahn eine förmliche, an Zeugen befristete Urkunde darüber aufnehmen lassen und sie ihm in Verwahrung gegeben!

Herzog Gaston schüttete über alles dies höchst verwundert den Kopf.

Clemens von Schleitendorf, der vollbürtige, stiftsfähige Erbe, ist nicht mehr, fuhr Herr Kandermann fort; es ist der Augenblick gekommen, den der verstorbene Eggenrode vorhergesehen hatte; und siehe da, am heutigen Morgen kommt ein alter breithügeliger Wehrfester, bei dessen Auftreten unter den dicken Söhnen die Dielen meiner Schreibstube knarren und die Fensterscheiben zittern, zu mir und fragt mich, ob ich derjenige Richter sei, bei dem die Barone von Schleitendorf ihr Recht zu nehmen hätten.

Der bin ich, ist meine Antwort, ich bin der Hofrichter, mein guter Mann, und der Richter der christlichen Rente im Lande...

Und der Bauer erzählte nun die ganze Räubergeschichte? unterbrach Graf Antoine.

So ist es, mein Herr Graf. Aber ich bin nicht zu Ende mit dieser „Räubergeschichte“, wie der Herr Graf sich ausdrücken beliebt — infolge des mit dem Bauer vorgenommenen Verhörs erhalte ich die Mitteilung, daß das Dokument, welches der verstorbene Herr von Eggenrode durch den Notar Moorhahn aufnehmen ließ und sodann diesem in Verwahrung gab — daß dieses selbe Dokument in leichter Zeit dem Notar entfremdet ist. Diese Tatsache ist von äußerster Wichtigkeit. Um Haube des Notars nämlich wohnt ein junger Mann, Moorhahns Schreiber und Gehilfe, der mit dem Herrn Geheimsekretär Brondhorst in intimster Freundschaft lebt — er ist Durchlaucht bekannt, denn er war vor einem halben Jahre etwa hier zum Besuch bei dem Herrn Brondhorst.

Ja, ja, ich kenne ihn — fiel der Herzog ein, er hat mir neuerdings auch diesen Herrn Brondhorst empfohlen.

(Vertreibung folgt.)

Kleine Chronik.

Total Mondfinsternis. An der Nacht vom 4. zum 5. Juli wird eine in Mitteleuropa sehr gut sichtbare totale Mondfinsternis, die vierte der sieben Finsternisse dieses Jahres, stattfinden. Die Zeiten sind folgende: Anfang der Finsternis überhaupt am 4. Juli, 9 Uhr 52,2 Min. nachmittags. Anfang der totalen Finsternis 10 Uhr 50,6 Min., Mitte der Finsternis 11 Uhr 38,9 Min., Ende der totalen Finsternis 12 Uhr 27,2 Min., Ende der Finsternis überhaupt am 5. Juli, 1 Uhr 25,4 Min. vormittags. Der Positionswinkel des Erdschatteneintritts, vom Nordpunkt des Mondes nach links herum gezählt ist gleich 87 Grad, der des Austritts gleich 251 Grad. Die Größe der Finsternis in Teilen des Monddurchmessers ist gleich 1,025. Der Anfang der Finsternis ist sichtbar in Afrika, ausgenommen den nordöstlichen Teil, in Australien, Afrika, in Europa ohne den nordwestlichen Teil, und im südlichen Teil des Atlantischen Ozeans. Das Ende ist sichtbar in Westaustralien, dem Südwesten von Afrika, Europa, Afrika und Südamerika. Am größten Teile Deutschlands und in Österreich geht der Mond noch vor Beginn der Finsternis auf und steht am Schluß am südlichen Himmel, bleibt aber im Meridian ziemlich niedrig über dem Horizont. Bei der Beobachtung einer Mondfinsternis, die sowohl mit bloßem Auge, als auch, und zwar am besten mit einem schwachen Instrument (Spiegelglas, Trieb oder kleinerem Fernrohr) aufgeführt werden kann, bietet der Licht- und Farbenwechsel des verfinsterten Mondes das Hauptinteresse. Während der teilweise vom Erdschatten bedekte Mond fällt gänzlich oder doch fast ganz unsern Blicken entgleist — eine Folge der Überstrahlung durch den von der Sonne beschienenen Teil — taucht der nahezu voll verfinsterte Mond in seinem ganzen Umfang allmählich wieder aus der Dunkelheit auf, um eigentlich wieder gerade während der totalen Bedeckung deutlich, wenn auch in tiefroter Färbung, sichtbar zu bleiben. Die Helligkeit des Mondes während der Totalität ist sogar so bedeutend, daß man mit einem lichtstarken Instrument zahlreiche Einzelheiten, insbesondere die Mare, die größeren Gebirgszüge und viele Ringgebirge, bequem erkennen kann.

Am Operettentheater spielt man jetzt ein neues Werk ungarischer Herkunft, eine mit Musik und Tanz verbrämte, bald röhrende, bald gesesserte Geschichte von einem *Zigeunerprinz*, der im Alter sich noch auf Liebesabenteuer und Kunstreisen einläßt und dabei Schißbruch leidet; sein Sohn ist ihm in der Kunst wie in der Liebe über. Das Stück wendet sich an ein Publikum, in dem der Wille zur Verblödung vorherrscht, und dieses Publikum war wenigstens am Sonnabend in Fülle vertreten. Es genügt zu konstatieren, daß die Juschnauer beglückt waren, sobald eine mehr oder weniger leicht modulierte Tänzerin zu sehen war, und mit Engelsgebuld hinnahmen, was sonst in Wort und Ton und Handlung nicht zu vermeiden war, um zu den Knalleffekten zu gelangen. Die Musik ist von Emmerich Kálmán, der Text von Julius Wilhelm und Fritz Grünbaum.

Im Neuen Theater legte gestern Karl Waldmeyer vom Mainzer Stadttheater sein Gastspiel auf Engagement als der gesättigte, dummkopfige Heiratsvermittler in *Smetanas Volksoper Die verkaufte Braut* mit gutem Erfolg fort, aber ohne stärker zu interessieren und von ursprünglicher, selbständiger Gestaltungskraft zu überzeugen. Erfreulich wirkte wie beim ersten Gastspiel die Sachlichkeit des Schaffens, das Bestreben, sich dem Charakter des volkstümlichen Werks entsprechend dem Zusammenspiel einzufügen.

Neues Theater. Dienstag, 4 Uhr: Das Dreimäderlhaus. Mittwoch, 4,8 Uhr: Die verkaufte Braut (Ernst Otto vom Dessauer Hoftheater als Gast auf Einladung). Donnerstag, 7 Uhr: Die Zarin. Freitag, 4,8 Uhr: Die Gardaschlüterin. Sonnabend, 4,8 Uhr: Mona Lisa. Sonntag, 4,8 Uhr: Mignon. Montag, 9. Juli, 4,8 Uhr: Das Dreimäderlhaus. — Altes Theater. Geschlossen. — Neues Operetten-Theater. Dienstag, 7 Uhr: Der Waffenstahl (volkstümliche Opernvorstellung). Mittwoch, 8 Uhr: Der Zigeunerprimas. Donnerstag, 8 Uhr: Das Dreimäderlhaus. Freitag, 8 Uhr: Die Riedermanns (volkstümliche Vorstellung). Sonnabend, 8 Uhr: Eva. Sonntag, 4,8 Uhr: Der Zigeunerprimas. Montag, 9. Juli, 8 Uhr: Der Waffenstahl (volkstümliche Opernvorstellung).

Leipziger Schauspielhaus. Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend, 4,8 Uhr: Die bessere Hälfte. Sonntag, 4,8 Uhr: Die bessere Hälfte, wohlgemommen (Einheitspreise). Montag, 9 Uhr: Die bessere Hälfte. Dienstag, 10 Uhr, Mittwoch, 10 Uhr, 4,8 Uhr: Die bessere Hälfte.

Battenbergtheater. Abendlich: Ein Frühlingstraum.

Marionettentheater (Volkskindergarten, Querstraße 20). Dienstag, Mittwoch, 8 Uhr: Rumpelstilzchen. Donnerstag, Freitag, 8 Uhr: Kasperl Reise nach Marocco.

Konzerte und Vorträge. Dienstag, 8 Uhr, in der Thomaskirche: Drittes Kirchenkonzert des Bachvereins (Anton Dvorak, Salabat mater. Mitwirkende: Else Pfleiffer-Siegel, Martha Adam, Hans Lippmann, Ernst Possny).

Via. Die Leipziger Jahresausstellung ist täglich zu besichtigen von 9—2 Uhr und Sonntags von 11—12 Uhr in der Kunstabteilung P. & H. Beyer & Sohn, Thomastring 22. Geöffnet wird die Ausstellung am 15. Juli.

Edgar Visko, der Direktor des Dresdner Alberttheaters, dem schwere Verschulden gegen weibliche Mitglieder seines Ensembles nachgelegt werden, hat den Ausschuß des Alberttheaters um Lösung seines Vertrags gebeten. Er begründet sein Gesuch damit, daß „die Veröffentlichung seiner Angelegenheit dem Alberttheater schwere Schädigungen bringt“ und er dieses Unternehmen, das er durch seine dreijährige Arbeit aus dem Nichts zur Höhe gebracht, nicht in Mitleidenschaft ziehen wolle. Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß Visko gegen Siegfried Jacobsohn, den Herausgeber der Schausühne, und Dr. Epstein, der in der Schausühne Viskos Veröffentlichungen angeprangert hat, eine Klage eingerichtet habe. Es wird sich zeigen, ob diese Klage durchgesetzt werden wird, nachdem über die Anklagen der beleidigten Künstlerinnen durch Verhandlung Aufklärung gegeben ist.

Die Gewandhauskonzertreihe gibt bekannt, daß für die Sinfoniekonzerte und Kammermusikaufführungen der am 4. Oktober beginnenden neuen Spielzeit folgende Werke vorgesehen sind: Beethoven, dritte, vierth, fünfte, siebte und neunte Sinfonie; Brahms, zweite und vierte; Schumann, zweite; Schubert, unvollendete; Mendelssohn, Meeresfunktion; Bruckner, zweite, schlicht, siebte und neunte; Tschaikowsky, Manfred (2 Sätze); Mahler, zweite; Berlioz, Phantastische Sinfonie; Haydn, D-Dur Nr. 4 der Br. u. Hdt.-Ausg.; Mozart, Aupiter-Sinfonie; Liszt, Heilige Elisabeth und Mephisto-Walzer. Richard Strauss, Heldenleben (Domestica), Zarathustra, *Säule, Sinfonische Variationen. *Alberts, Sinfonie Nr. 2, F-Dur. *Robert-Hansen, Sinfonie. *Dvorak, Sinfonie Nr. 4, G-Dur. *Schreker, Vorspiel zu einem Drama. *Schönberg, Verklärte Nacht. *Bilini, Vaterland. *Korngold, Sinfonietta. *Neger, Wölfin-Suite. *Graener, Sinfonietta für Streichorchester und Harfe. *Georg Schumann, Im Mingen um ein Ideal. *Varecza, Sinfonische Burleske. *Weingartner, Lustige Ouvertüre. Brahms, Serenade, D-Dur. Mozart, Deutsche Tänze. Bach, Suite B-Moll für Streichorchester und Flöte. Händel, Concerto grosso, B-Dur. Gade, Ouvertüre Nachklänge aus Oistan. Mozart, Divertimento für Blasinstrumente. Mansfield, Concerto. (Die mit * bezeichneten Werke in Erstaufführung.)

Weiterhin sollen „in erweitertem Umfange gegen bisher“ unbekannten Kreisen gegen ganz geringe Eintrittspreise eine Anzahl von Konzerten und Kammermusiken an Sonntagnachmittagen dargeboten werden.

Das Institut für Zeitungskunde an der Universität Leipzig, das besonders von Geheimrat Bücher geleitet wird, hat fürzlich einen Studienplan zur berufsmäßigen Ausbildung in der Zeitungskunde veröffentlicht. Das Institut hat den Zweck, die wissenschaftliche Durchbildung der Zeitungskunde zu fördern und den Studierenden, die sich berufsmäßig dem Dienst der Tagespresse widmen wollen, diejenigen Kenntnisse zu vermitteln, die ihnen den Übergang in die Praxis erleichtern und sie zur richtigen Ausfassung ihrer künftigen Aufgaben anleiten können. Seine Errichtung ist von der Grundausfassung geleitet worden, daß die zur wissenschaftlichen Ausbildung von Journalisten gehörigen Fächer an der Universität bereits vertreten sind und daß es in jedem Einzelfall nur auf eine zweckmäßige Verbindung dieser Fächer ankommt, die je nach den einzuschlagenden Studienrichtungen sein kann. Es ist deshalb ein eigener Studienplan zur berufsmäßigen Ausbildung in der Zeitungskunde entworfen worden, der für die drei in Bezug stehenden Richtungen (die politische, handelsjournalistische und feuilletonistische) die Fächer angibt, denen die wissenschaftliche Beschäftigung sich besonders zuwenden hat.

Am Institut selbst werden folgende Übungen abgehalten: ein vom Direktor des Instituts geleiteter Hauptkursus, in dem die Quellenfunde und die Arbeitsweise der Zeitungen behandelt und zu selbständigen wissenschaftlichen Untersuchungen auf dem Gebiet der Zeitungskunde angeleitet wird, ferner von Praktikern der Presse geleitete Kurse zur Einführung in die Praxis des Zeitungsbetriebs.

Eingelaufene Schriften.

Internationale Mundschau. 3. Jahrgang, 6. Heft. Büchli, Verlog des Art. Instituts Dresden Büchli.

Um